

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Interaktions-Gebühr
Belegt für die sechs-spaltige Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Liebedienerei.

Lehrer und Beamte haben längst einen neuen Verband gegründet, den „Bund der Festbesoldeten“. Diese Gründung hat bei den bürgerlichen Parteien manche Anfeindung erfahren. Man hat sie als die Wache eines Zeitungsverlegers hingestellt, selbst Beamtenfachblätter haben sie als unläuterer Konkurrenzunternehmen gegen die bestehenden Fachorganisationen bekämpft. In einer Versammlung, die der Bund am Sonntag in Berlin abgehalten hat, wurden von den verschiedenen Rednern, Lehrern und Beamten, diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Der neue Bund solle keineswegs bestehende Organisationen überflüssig machen und ersetzen, vielmehr eine zusammenfassende Vereinigung der gesamten Beamtenschaft darstellen. Zweck des Bundes sei, den Beamten im Staat und bei den Parteien die Vertretung zu sichern, die man ihr bisher leider nicht entgegengebracht habe. Wohl hätten die Parteien sich bisher von der Beamtenschaft die Wahlhilfe, die Schlepperdienste und die Kulturarbeit bei Kommissionsberatungen gern gefallen lassen, allein nachher hätten die Abgeordneten nichts für die Beamten getan, sogar gegen ihre Forderungen gestimmt. Das müsse aufhören. Die Parteien müssten gezwungen werden, die Wünsche der Beamten zu respektieren. Wenn es gar nicht anders gehen wolle, freilich nur im äußersten Falle müsse man zur Aufstellung eigener Beamtensandidaturen schreiten.

So weit, so gut. Man kann es den Beamten nicht verargen, wenn sie nach dem Vorbild sowohl der verschiedensten Unternehmergruppen wie auch des Proletariats zu dem Mittel der Organisation greifen, um ihren Interessen energischer Geltung zu verschaffen. Auch in den Streit, ob der „Bund der Festbesoldeten“ wirklich eine geeignete Vertretung der Beamten darstellt oder nicht, haben wir uns nicht eingelassen; sich klar darüber zu werden, ist Sache der Beamten selbst.

An und für sich würde eine zusammenfassende Beamtensorganisation einen entschiedenen Fortschritt darstellen. Trat doch bisher bei manchen Beamtensorganisationen das ausschließliche Berufsinteresse in allzu kleinlicher und engherziger Weise hervor. Wie das Berufsinteresse mit dem Klasseninteresse durchaus in Einklang zu bringen ist, das könnten die Beamten von den proletarischen Organisationen sehr wohl lernen!

Unter solchen Umständen weiß sich die Sozialdemokratie völlig frei von jener Antipathie, die die bürgerlichen Parteien bisher für den „Bund der Festbesoldeten“ empfunden haben. Was die Beamten fordern: eine angemessene Besoldung und Arbeitszeit, das freie Koalitionsrecht und das unbeschränkte Recht der politischen Betätigung — das sind ja alles Forderungen, die gerade die Sozialdemokratie stets mit allem Nachdruck erhoben und verteidigt hat.

Was uns an der Verammlung der Festbesoldeten missfiel, das war der von einigen Rednern allzu ostentativ herangeschleppte Nurrationalismus, das allzu naive Bestreben, sich Regierung und bürgerliche Parteien durch die immer von neuem wiederholte Beteuerung der Loyalität günstig zu stimmen. Ja man ging sogar so weit, die neue Organisation der Beamten gewissermaßen als ein Bollwerk gegen den Umsturz anzupreisen! Am meisten tat sich in dieser Beziehung der Lehrer Rosin hervor, ein „Freisinniger“ und kaltgestellter Sonderkandidat der Beamten gegenüber dem Kommunalparlament bei der letzten Berliner Landtagswahl. Herr Rosin sagte unter anderem:

Er wolle nur feststellen, daß jeder Bundesangehörige einer beliebigen Partei angehören könne, ausgenommen jene Parteien, die nicht für Kaiser und Reich seien, sie möchten sonst noch so tüchtige Parteien sein. Das wären die Sozialdemokratie, die Welfen, Polen, Dänen und — Franzosen, die in Deutschland lebten. Wir verstehen nicht, erklärte der Redner, daß auch die Sozialdemokratie alles für die Beamten tun werde, aber sie stehe außerhalb der monarchischen Gesinnung, ihre Abgeordneten verließen den Saal beim Kaiserhoch, auch lehne sie das Staatsbudget ab, worin auch die Gehälter der Beamten enthalten seien. Sie läme also für den Bund nicht in Betracht.

Wir halten es, rund heraus gesagt, für einen groben Unfug, wenn Herr Rosin, der doch selbst für die Beamten Freiheit der Organisation und der Gesinnung fordert, in eigener Person die abgeschmackteste Gesinnungsriechelei und den skandalösesten Terror dadurch fördert, daß er die famose These aufstellt: ein Beamter darf nur einer patriotischen und monarchischen Partei angehören!

Die Beamten sind Diener des Staates. Dieser Staat aber ist keineswegs die Domäne der Krone oder der „Königstreuen“ und „staatsbehaltenden“ Parteien. Ganz davon abgesehen, was hinter der monarchischen Gesinnung etwa der Junker steckt, die es mit dem Prinzip halten „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut“, oder der Rationalisten, die sich ja selbst als „Ver-nunftmonarchisten“ bezeichnen haben, also als Anhänger des Monarchismus aus nächster materieller Beziehung. Zum Staat gehören als vollberechtigte Mitglieder alle Parteien, auch die Polen und die Sozialdemokraten! Es ist geradezu eine Zämmersicht ohne Gleichen, in einem Augenblick, wo erst wieder fünf Lehrer wegen

polnischer Wahlen gemahregelt worden sind, die „monarchische“ und „patriotische“ Gesinnung zur Vorbedingung der Koalitions- und staatsbürgerlichen „Freiheit“ zu erklären! Und es ist bezeichnend für unseren Freisinn, daß es ein freisinniger Lehrer war, der in so armseliger Weise um die Gunst der Regierung und der reaktionären Parteien bettelte!

Sollte der Bund der Festbesoldeten je auf dem Standpunkt des Herrn Rosin anlangen, so würde das die Sozialdemokratie weniger zu beklagen haben als die Beamtenschaft selbst. Denn das hieße nicht nur die gesinnungslose Streberei proklamieren, das Liebedienern aus niedrigem politischen Kalkül, sondern auch die Beamtenschaft alles politischen Einflusses berauben. Liegt doch der stärkste Antrieb zu einer Politik des Entgegenkommens gegen die Beamten für Regierung und bürgerliche Parteien in der Furcht vor einem Abweichen der Beamten zur Sozialdemokratie! Wenn nun aber die offizielle Organisation der Beamten selbst die einzige wahrhaft fortschrittliche Partei, die Sozialdemokratie, verfehle, dann brauchen sich ja die bürgerlichen Parteien vor den Drohungen der Beamten gar nicht zu fürchten! Denn von den für den äußersten Notfall geplanten Beamtensandidaturen scheinen sich ja die Beamten selbst — und mit Recht! — sehr wenig Erfolg zu versprechen!

Die Beamten sollten sich also vor Ratgebern vom Schlage des famosen Freisinnsmannes Rosin hüten, wollen sie den Karren nicht von vornherein in den Sumpf fahren. Doch auch das mögen sie mit sich selbst ausmachen. Die Sozialdemokratie ist in der glücklichen Lage, auf die politische Unterstützung der Beamten viel weniger angewiesen zu sein als diese auf die Hilfe der Sozialdemokratie!

Cirpitz, Harms und die Werftarbeiter.

Aus dem Reichstag, 7. Dezember. Das päpige Wochen auf seine eigene Selbstherrlichkeit und die Unaussehbarkeit der Marineverwaltung ist dem Herrn v. Tirpitz nicht gut bekommen. Heute wurde ihm in schärferer Tonart aufgespielt. Er selbst zog es dann vor, einen Pflock zurückzusteden. Um die Beantwortung der heftigsten Fragen drückte er sich sehr vorsichtig herum. Dafür benutzte aber sein „Refshores“, wie man in Kiel sich werftechnisch ausdrückt, der Geheimadmiralitätsrat Harms, die Gelegenheit, um den Arbeiterbeschwern gegenüber den päpigiten Tirpitzton noch zu übertirpizen.

Zunächst brachte der freisinnige Dr. Strube neues kompromittierendes Material über die unheilvollen Wirkungen des bürokratischen „System Tirpitz“ in der Marineverwaltung vor. Er stellte dabei fest, daß ein unlösbarer Widerspruch besteht zwischen der Behauptung des Marineministers, daß die Verwaltung dem rechnerischen Kriminalkommissar keine Prognose versprochen habe, und der eidlichen Aussage des Kriminalkommissars Wannowski: ihm sei 1 Proz. aus dem Erlös der Zivillage gegen die „Chabruse“ zugesagt worden. Auch Herr Erzberger und Herr Leonhart zogen noch einmal vom Leder.

Genosse Seevering verlas aus der nichtbeachteten Eingabe des Metallarbeiterverbandes Stellen, in denen die Verwaltung auf viele von den jetzt entfallenden Wählern bereits damals hingewiesen wurde. Dann brachte er aber besonders Tatfachen zur Sprache, die zeigen, daß die terroristische arbeitserfeindliche Verwaltungsmethode des Systems Tirpitz-Harms überall die Wirkung hat, tüchtige Arbeiter, sobald sie sich politisch und gewerkschaftlich betätigen oder gar beschwerden an die Verwaltung schicken, außer Brot zu bringen, während notorische Spionagen in Amt und Stellungen kommen. Verschlimmert wird dieser Zustand noch dadurch, daß ein gelber nationaler Arbeiterverein in Kiel gegründet ist, dessen Kandidaten in jeder Weise bevorzugt und begünstigt werden. Eine Gefundung des Betriebes, so schloß Seevering, könne nur durch völlige Beilegung der Günstlingswirtschaft erzielt werden.

Der Geheimadmiralitätsrat Harms, der im Marinemamt die nämliche Rolle spielt wie der bekante Herr Schwarzkopf im preussischen Kultusministerium, erklärte im barischen Unteroffizierston: ein Werftarbeiter in Danzig, der zehn Jahre in Dienst gewesen war und dann eine Beschwerde über die dortige Mißwirtschaft eingereicht hatte, worauf er schleunigst gemahregelt wurde, hätte entlassen werden müssen, weil er „sozialdemokratischer Arbeiter“ gewesen sei. In lauten Protestrufen machten die Sozialdemokraten ihrem Unwillen über diese brutale Scharfmacherpolitik Luft. Genosse Legien ergriff später noch einmal das Wort, um dieses terroristische System in das richtige Licht zu setzen. Er stellte fest, daß der Staatssekretär sich offenbar in völliger Unkenntnis über das Wesen der Gewerkschaftsbewegung befinde, wenn er sich erlaube, von „Organisationen des Herrn Legien“ zu sprechen. So etwas gebe es überhaupt nicht. Daß man die Arbeiter auf den Werften als Gewerkschaftler und Sozialdemokraten verfehle, sei um so skandalöser, als es sich da um die Mehrheit der Werftarbeiter handle; die Arbeiter seien aber ohnedreim die Leute, aus deren Geldern durch die Zölle und indirekten Steuern der Hauptteil der Mittel aufgebracht würde, die zur Verrichtung der Marineausgaben dienen. Er forderte dann noch einmal den Staats-

sekretär heraus, zu erklären, weshalb er seine Eingaben als Reichstagsabgeordneter nicht beantwortet habe. Herr v. Tirpitz, der vorher bombastisch versichert hatte, er werde über alle Fragen Auskunft geben, zog es indes vor, zu schweigen. Der große Seeheld brach das Gefecht ab, um hinter der schützenden Front der Regierungsparteien Deckung zu suchen. Er konnte das ja auch ungehindert tun, da man ihm bei dieser Gelegenheit nicht mit dem schweren Geschütz von Anträgen zu Leibe konnte. So ging die Interpellation wie üblich aus, ohne ein anderes Ergebnis als die moralische Bückigung des Systems Tirpitz-Harms.

Schließlich wurde von einer Anzahl von Vorlagen erledigt, wobei eine längere Debatte bis spät in den Abend hinein sich über den portugiesischen Handelsvertrag entspann.

Morgen hat der Reichstag wegen des katholischen Feiertags (Mariä Empfängnis) keine Sitzung. Am Donnerstag soll die Etaldebate beginnen; da hat der neue Reichstangler, Herr Behmann-Sollweg, das Wort!

Die Föderation der Beamten.

Paris, 4. Dezember. (Fig. Ver.)

Die französische Beamtensbewegung ist durch die Gründung einer alle Kategorien umfassenden Zentralorganisation in ein neues Stadium getreten. Wohlgerne, es handelt sich hier nicht um revolutionär-syndikalistische Elemente, wie das Fetergeheiß der großkapitalistischen Presse glauben machen könnte, sondern gerade um die auf einem bloßen Interessensidyl innerhalb der heutigen Staatsordnung bestehenden Schichten, die jahrelang geduldet auf das so oft versprochene Beamtensstatut mit seinen Garantien für ein gerechtes Abwancement und gegen disziplinäre Willkür gehofft und nun diese Geduld verloren haben. In seinem Aufsatze wie in seinen Statuten läßt der neue Verband keinen Zweifel über seine gemäßigten Tendenzen. Der Streik wird ausdrücklich als Aktionsmittel nicht anerkannt, der Anschluß an fremde Organisationen — und darunter ist die Arbeitskonföderation gemeint — abgelehnt. Vorgelesen ist nur eine Verbindung mit Beamtensverbänden des Auslandes. Wenn man Spuren syndikalistischer Anschauungen durchaus entdecken will, so könnte dies höchstens in der Programmbestimmung sein, die als Aufgabe des Verbandes außer dem Schutz rein beruflicher Interessen der Beamten die Förderung der Interessen des Publikums durch ein Studium der Verwaltungsreform nennt, und dies auch nur in dem Sinne, daß der Syndikalismus wie die Beamtensbewegung Traditionen des Proudhonschen Föderalismus aufgenommen hat. Die offensichtlichen Mängel der Verwaltung selbst und die politische Korruption, die sie durchbringt, haben die Opposition gegen den jacobinischen Zentralismus sehr gestärkt und nach den reaktionären Verteidigern des Korporationsprinzips sind nicht wenig neuere republikanische Verwaltungstheoretiker zu Anwälten einer Dezentralisation geworden, die bis zur Auflösung des staatlichen Apparats in Genossenschaften mit ausgebreiteter Autonomie geht.

Der Föderation sind bis jetzt 19 Verbände der verschiedenen Ressorts beigetreten. Sie zählen zusammen etwa 166 000 Mitglieder. Die stärkste Gruppe ist die der Volksschullehrer mit 96 000 Mitgliedern bei einer Gesamtzahl von 115 000 Lehrern. Weiter hat sich der allgemeine Verband der Postunterbeamten mit 30 000 Mitgliedern (von 60 000 Beamten dieser Kategorie), meist Briefträgern, angeschlossen. Die Organisationen der Föderation waren bisher bloß in einem „Studienkomitee“ vereinigt, das jetzt wegen des die Föderation begründenden Beschlusses gesprengt ist. Daneben aber besteht noch das „Zentralkomitee zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte“, das außer Staatsarbeitergewerkschaften auch Unterbeamte und eine beträchtliche Zahl von Beamten höherer Kategorien umfaßt. Ihm gehört nämlich auch die „Association Générale“ der Postbeamten an, die während der zwei Poststreiks dieses Jahres eine führende Rolle gespielt hat. Da in ihr die verschiedensten gewerkschaftlichen Tendenzen vorherrschen, ist ihr Eintritt in die so ausgesprochen gemäßigten Föderation noch fraglich.

Die Konstituierung der Föderation ist auf Grund der Bestimmungen des Vereinsgesetzes erfolgt und juristisch unanfechtbar. Die Regierung wird sich auch wohl hüten, dem Wunsch der Scharfmacherblätter wie „Temps“, „Journal des Débats“, „Figaro“ usw. Folge zu leisten und mit Gewaltmaßnahmen und Ausnahmestimmungen einzuschreiten. So unangenehm ihr der Zusammenschluß der Beamten sein mag, so entscheidet doch ein Unstund über alle Projekte dieser Art: die Nähe der Wahlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember 1909.

Der Zechenverband und sein Zwangsarbeitsnachweis.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise in Berlin hat an den Verein für bergbauartige Interessen in Essen einen Brief gerichtet, in welchem er sich gegen die geplante Errichtung eines Zentral-Zwangsarbeitsnachweises ausspricht und auf Grund seiner Erfahrungen mit partiatischen Arbeitsnachweisen die Einführung eines gleichartigen von Unternehmern und Arbeitern besetzten Zentralnachweises unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden empfiehlt. Der wichtigste Teil des Schreibens lautet:

„Der Verband deutscher Arbeitsnachweise, welcher mit Zustimmung und mit materielle Unterstützung der Reichsregierung

sich die Aufgabe gestellt hat, die Einrichtung allgemeiner öffentlicher und paritätischer Jaharbeitsnachweise zu fördern, möchte es nicht unterlassen, an den Verein die dringendste Bitte zu richten, von diesem Vorhaben abzusehen und die Einrichtung eines gleichmäßig von Vertretern der Besen und Vertretern der Arbeiter geleiteten Arbeitsnachweises in Erwägung zu ziehen. Die große Erregung, welche die Nachricht von der beabsichtigten Einrichtung des Arbeitsnachweises in Kreisen der Vergarbeiter hervorgerufen hat, macht es unzweifelhaft, daß diese Einrichtung nur geeignet ist, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im dortigen Bergbaubetriebe zu verschärfen. Andererseits hat der Verband die Erfahrung gemacht, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitsnachweisorganisation in hohem Grade geeignet ist, etwa vorhandene Gegensätze abzumildern und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Wir sind der Überzeugung auf Grund reicher, praktischer Erfahrung, daß die Vertreter der Arbeiter selbst am ehesten geneigt sein werden, die Hand dazu zu bieten, um Maßnahmen zur Verringerung von Mißständen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages zu treffen und die ordnungsmäßige Durchführung des Arbeitsvertrages von beiden Seiten zu gewährleisten. Akzeptiert man den Grundgedanken, daß an der Spitze der Verwaltung des Arbeitsnachweises ein unparteiischer Vorsitzender steht, welcher kein Stimmrecht hat und dem nur die Aufgabe zugewiesen ist, bei Meinungsverschiedenheiten vermittelnd zu wirken, so besteht keine Gefahr, daß irgendwelche Maßnahmen gegen den Willen einer der beiden Parteien beschlossen und durchgeführt werden könnten. . . .

Es ist zweifellos anzuerkennen, daß die Arbeitgeber an der Organisation des Arbeitsnachweises das größte Interesse haben müssen und daß der Arbeitsnachweis unter keinen Umständen ihrer Einflusssphäre entzogen werden darf. Das gleiche Interesse haben aber in mindestens gleichem Maße die Arbeitnehmer. Keine der beiden Parteien wird es mit ihren Interessen für vereinbar halten können, daß die andere Partei allein die Verwaltung des Arbeitsnachweises führt, und so werden sich aus der einseitigen Verwaltung auf diesem Gebiete stets die schärfsten Gegensätze entwickeln, die nur durch eine gemeinschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete zum Ausgleich kommen können. Wir bitten daher dringend den Verein, die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Ruhrkohlenrevier in Erwägung ziehen zu wollen.

Das Vorgehen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise verdient Anerkennung; aber seinen Zweck wird er nicht erreichen. Die Herren vom Besenverband lassen sich von privaten Korporationen nichts in ihre Interessen- und Profitpolitik hineinreden. Ihre Selbstherrlichkeit kann nur durch ein den Arbeitsnachweis regelndes Reichsgesetz gebeugt werden.

Eine Wahlreform-Enquete.

Um der Behauptung entgegenzutreten, daß in den „nach Bildung und Besitz nachgehenden Schichten“ des deutschen Volkes der Wunsch nach Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts nicht bestehe, hat das „Berl. Tagebl.“ an eine größere Anzahl bekannter Persönlichkeiten auf dem Gebiet des Wissens, der Kunst und des Erwerbslebens eine die Wahlreform fordernde Zuschrift verfaßt und die Empfänger um ihre Zustimmungserklärung gebeten. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der entscheidende Augenblick ist gekommen, wo es sich zeigen muß, ob der Wille des Volkes stark genug ist, Preußen, den führenden Bundesstaat, auf die Bahn des politischen Fortschritts zu drängen. Die Bewegung, die an die überstürzte und egoistische Erledigung der Reichsfinanzreform durch den schwarz-blauen Block anknüpfte, würde ihr Ziel gründlich verfehlen, wenn es ihr nicht gelänge, endlich Wünsche zu legen in die agrar-konservative Vorherrschaft über Preußen und damit über Deutschland.

Ein Volk von 60 Millionen, das in Handel und Industrie, in Gewerbe und Technik, in Wissenschaft und Kunst rastlos der Vollkommenheit zustrebt, darf die Richtlinie seiner Politik nicht ausschließlich bestimmen lassen nach den Bedürfnissen jener kleinen Oberschicht, die sich in den östlichen Provinzen Preußens dem Eindringen modernen Geistes erfolgreich entgegenstemmt.

Darum ist es eine Lebensfrage für Preußen nicht nur, sondern auch für das gesamte Deutsche Reich, daß den aufstrebenden Erwerbsständen der Weg frei gemacht werde zur preussischen Volksvertretung. Mit vollem Rechte bezeichnete daher auch die Thronrede vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Es gilt, diesem Gedanken Nachdruck zu verschaffen. Es gilt zu zeigen, daß die preussische Krone sich bei dieser Forderung in Übereinstimmung befindet mit den berufenen Vertretern deutscher Geistesbildung und deutschen Wirtschaftslebens.“

Bis gestern hatten, wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, diese Kundgebung 260 deutsche Hochschullehrer sowie eine lange Reihe hervorragender Schriftsteller, Künstler, Anwälte, Ärzte, Industrielle, Kaufleute usw. unterschrieben.

Die Konservativen und die Vertreter des Zentrumsfeudalismus werden zwar schwerlich durch diese Enquete zu einer Aenderung ihrer Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsfrage bestimmt werden, und ebensowenig wird ihr Regierungsausschuß, genannt preussisches Staatsministerium, sich zu einer Wahlreform entschließen, die diesen Namen verdient, immerhin ist es recht nützlich, daß durch das Vorgehen des „Berl. Tagebl.“ konstatiert wird, wie tief auch in den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz die Notwendigkeit einer gründlichen Wahlrechtsänderung erkannt wird.

Erni ulst.

Der Erbpriester zu Hohenlohe-Rangenburg, ehemaliger Regent von Gotha und Kolonialdirektor, gegenwärtig — ganz überflüssigerweise — Reichstagsabgeordneter (übrigens nicht mehr lange) und Hospitant der Reichspartei, die unter den Parteien wiederum so überflüssig ist wie der Erbpriester unter den Abgeordneten, also dieser ehemalige stellvertretende Exzellenzimus hat zwei Dinge gemacht. Einmal ließ er sich bekanntlich vom schwarzen Schnapsblock zum Verlegenheits-Vizepräsidenten wählen und bewies so seine satirische Begabung. Denn daß gerade er sich zum Präsidenten wählen ließ, konnte nur in der Absicht geschehen, jene Leute der Bäderlichkeit preiszugeben, die einen Prinzen und zumal einen Erbprinzen, zu allem fähig halten. Die Organe des Schnapsblocks aber hatten die Wahl ganz ernst behandelt. Da verdirbt ihnen ein zweites Ding das Konzept. Der Prinz veröffentlicht nämlich in der „Gothaischen Zeit“ eine Erklärung, weil er sich angeblich bei seinen Reichstagswählern entschuldigen müsse, daß er aus der Hand solcher Leute, wie es Schnapsblockabgeordnete sind, die Vizepräsidentenstelle annahm. Da steht u. a. zu lesen: Die Uebernahme der Vizepräsidentenstelle unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet für mich ein schwarzes Opfer,

nicht nur mit Rücksicht auf meine persönlichen Verhältnisse, sondern insbesondere auf meine politischen Anschauungen, die in dieser Hinsicht denjenigen widersprechen, welche ein großer Teil der an meiner Wahl beteiligten Reichstagsmitglieder vertritt.

Ja verhehle mir nicht, daß eine erhebliche Zahl, vielleicht die Mehrzahl meiner Wähler meine Handlungsweise nicht billigen wird. Ich glaube indessen richtig gehandelt zu haben, indem ich nicht parteipolitischen, sondern allein patriotischen Erwägungen folgte, welche mir geboten, mich dem Rufe der Pflicht in einem Augenblick nicht zu verlagen, wo meine Annahme der Wahl als einziges Mittel erschien, um eine die tief bedauerlichen Gegensätze zwischen Rechts und Links noch verschärfende Zusammenlegung des Präsidiums zu verhindern.

Der satirische Charakter dieses Schreibens ist ganz offensichtlich. So wird der Entschluß über den völlig gleichgültigen Umstand, welcher beiläufig Reichstagsabgeordneter von Gnaden des schwarzen Schnapsblocks den Stuhl des Präsidenten als zweiter Vize hienweisen drückt und einen sozialdemokratischen Redner in seiner Kritik fördern dürfe, in guter Verfassung des verlogenen-patriotischen parlamentarischen Jargons als Folge „patriotischer Erwägungen“ hingestellt. Noch besser ist die Verpöschung des Schnapsblocks gelungen. Daß Zentrumskomitee und Konservativen ihn gewählt, ist nach Hohenlohe eine solche Schande, daß schleunigste Rechtfertigung not tut. Uebler ist in der Tat noch nie eine Parlamentsmajorität gesoppt worden, wie der Schnapsblock von dem so mühsam gefundenen Vizepräsidenten.

Daß damit gibt sich der schmerzhafteste Prinz noch nicht zufrieden. Die Konservativen haben die Polen nicht nur bei der Wahl des Präsidiums, sondern auch bei der der Schriftführer übergeben. Das Parteiorgan der Reichspartei hatte mitgeteilt, daß die Konservativen dazu durch den lustigen Prinzen gezwungen worden waren (das Zentrum durfte für die Polen stimmen, da dies doch nichts nützen konnte). Denn Erni hätte erklärt, sonst die Wahl nicht anzunehmen. Die „Kreuzzeitg.“ aber hatte diese Behauptungen als Klatsch und Unfug bezeichnet. Und jetzt bestätigt der Prinz selbst diese Behauptungen! Wohlkühler hätte die Wamagie des Schnapsblocks nicht mehr werden können, der von einem Hospitanten der Reichspartei sich Bedingungen diktieren lassen muß, wenn er zum Schriftführer wählen darf und wen nicht.

Daß aber der Prinz, der seinen Wählern solchen Schabernack spielt und seine Wahl als Schande öffentlich denunziert, trotzdem Vizepräsident des Deutschen Reichstags bleibt, ist wohl der größte III bei der ganzen Geschichte. Der Reichstag der Gottentottentwahlen hat wirklich das feiner würdige Präsidium.

Eine den Oesen gefährliche Farbe.

Im gemütlichen Wiesbaden finden Stadtverordnetenstichwahlen statt, bei denen zwei sozialdemokratische Kandidaten zwei bürgerlichen gegenüberstehen, die von einem aus Pöckelmann, Nationalliberalen, Merkmalen, Konservativen, Christlich-Sozialen und Antifemiten bestehenden Parteigemengsel unterstützt werden. Dieser turiose politische Parteilichschmaß hat folgenden unfreiwillig-humoristischen Wahlaufschuß erlassen:

„Die sozialdemokratische Partei fraternisiert mit den Revolutionären der ganzen Welt! Rot ist das Blut der durch die Revolutionäre gemordeten Opfer. Rot ist die Flamme, in der Kirchen, Klöster, öffentliche Gebäude und Kunstschätze aufgehend blutigrot ist die Morgenröte des Zukunftsauges, der nur durch Vernichtung unserer ganzen Kultur, durch Ströme von Blut eingeführt werden kann!“

Die Verfasser der Aufsätze hätten noch hinzusetzen sollen: „Und rot ist die Farbe, die bekanntlich Oesen wütend und topfscheum macht!“

Die Agrarier und der Arbeiterinnenschutz.

Die Konservativen haben im Reichstag einen Antrag zur Gewerbeordnung eingebracht, der den Arbeiterinnenschutz in den Betrieben, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, wieder aufhebt. Sie beantragen

- zu § 137: 1. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien usw. ist während des ganzen Jahres nur für die Zeit von 10 Uhr abends bis 1/4 Uhr morgens ausgeschlossen;
- 2. bei Beschäftigung von Arbeiterinnen in diesen Betrieben in zwei Arbeitsschichten braucht von der einständigen Arbeitspause nur eine halbe Stunde in Zusammenhang gewöhnt zu werden.

zu § 139: In Molkereien usw. darf die ununterbrochene Ruhezeit während des ganzen Jahres auf 7 Stunden herabgesetzt werden.

Um die ganze Unverschämtheit dieses Antrages zu verstehen, muß man wissen, daß hier die Aenderung eines Gesetzes verlangt wird, das erst am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll — daß also noch keinerlei Erfahrungen bei der Durchführung gemacht werden konnten. Es kann auch nicht ein einziger neuer Grund für die Aenderung ins Feld geführt werden, der nicht auch schon bei der Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle im Frühjahr dieses Jahres geltend gemacht worden wäre. Weil die Großagrarien sich durch die Beschränkung in der Ausbeutung ihrer Lohnsklaven benachteiligt fühlen, deshalb soll der Gesetzgeber zu ihren Gunsten eine Ausnahme stipulieren. Daß die Beschränkung der Frauenarbeit, wie sie die neue Gewerbeordnungsnovelle vorschreibt, auf internationalen Abmachungen beruht, kümmert die um Reichshofen-Dammsdorf und v. Oldenburg-Ja-nuschau nicht das geringste. Ueber solche Kleinigkeiten setzen sie sich hinweg, sobald ihr Profit bedroht ist.

Resignierende Großherzöge.

Die Regierungen beider mecklenburgischer Großherzogtümer geben vorläufig die Absicht an, ihre Verfassungspläne zu verwirklichen. Auf dem Landtage in Sternberg wurde gestern als ganz bestimmt erzählt, die Regierungen würden das Gewehr in den Graben werfen. Es werde in den nächsten Tagen eine Proklamation der Großherzöge erfolgen, nach der die Verfassungsfrage auf sich beruhen bleiben solle!

Eine preussische Wahlrechtsvorlage

für die kommende Landtagsession glaubt das „Leipziger Tageblatt“ bestimmt in Aussicht stellen zu können. Es behauptet, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß die Vorberhandlungen für die preussische Wahlrechtsvorlage tatsächlich vor ihrem Abschluß stehen. Der Reichstagsminister werde als preussischer Ministerpräsident sogleich nach Eröffnung des Landtags die Vorlegung eines Wahlrechtsentwurfes für Anfang April im Abgeordnetenhause zusage.

Die Mahregelung der Rattowitzer Lehrer.

die deshalb erfolgte, weil die Betreffenden bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, soll, wie uns aus Rattowitz gemeldet wird, zurückgenommen werden. Die in Frage kommenden Lehrer sind vom Regierungspräsidenten in Oppeln in Audienz empfangen worden. Die polnische Fraktion des preussischen Landtags soll beabsichtigt haben, eine Interpellation einzubringen, von einigen Zentrumsführern aber davon abgebracht worden sein, weil es zweckmäßiger erscheine, diese Angelegenheit bei der Beratung des Staats zu erörtern.

Kommunalwahlen.

In Ebingen (Württemberg) hatten Volkspartei, Nationalliberale und Sozialdemokratie ein Wahlabkommen getroffen das nach heftigem Wahlkampf bei einer Wahlbeteiligung von 88 Proz. siegreich war. Gewählt wurden auf Grund dieses Abkommens ein Volksparteiler, ein Nationalliberaler, ein Unparteiischer und ein Sozialdemokrat, der als erster Vertreter der Partei in den Gemeinderat einzieht.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Ohlau (Schles.) wurden am Montag ein Sozialdemokrat und zwei Bürgerliche gewählt.

Eine recht sonderbare Maßregel wählte der Herr Bürgermeister Dr. Fay in Hohenstein-Ernstthal bei den Stadtverordnetenwahlen an. Nachdem die Wählerlisten mit dem 21. November geschlossen wurden, nahm der Herr Bürgermeister am 23. November die Verpfändung von 76 Bürgern vor und ließ diese am 24. November mit wählen. Selbstverständlich waren die neuverpflichteten Bürger Leute aus den besseren Kreisen, so daß die Sozialdemokratie infolgedessen nur zwei Sitze im Stadtparlament erhielt. Hätten die neuverpflichteten Bürger nicht mitwählen dürfen, wie es gesetzlich geboten war, so hätte die Sozialdemokratie mindestens fünf Mandate bekommen. Jetzt ist von ihrer Seite Protest gegen die Wahl eingelegt worden und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie nochmals stattfinden muß.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister bestätigt! Die pfälzische Kreisregierung bestätigte die Wahl des Genossen Max Neu zum Bürgermeister der Stadt Lambert. Danach ist zu erwarten, daß auch die übrigen Genossen, die als Bürgermeister und Adjunkten in verschiedenen Orten der Pfalz gewählt sind, bestätigt werden.

Wahlrechtsraub in Schleswig-Holstein. Die neuerliche Wahl von zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten in Iphoe — die Zahl der Sozialdemokraten im Stadtparlament steigt damit auf vier — hat den Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten so in Angst versetzt, daß sie eine Erhöhung des Wahlsensus um nicht weniger als 800 W. beschloffen haben. Bisher war Wahlberechtigt, wer mindestens zu einem Einkommen von über 900 W. eingeklärt war, jetzt soll ein Einkommen von über 1350—1500 W. erforderlich sein. Die Erhöhung wurde vom Magistrat einstimmig, von den Stadtverordneten gegen 2 freisinnige und die beiden sozialdemokratischen Stimmen beschlossen. Die Folge des Beschlusses wird sein, daß die beiden schon amtierenden und der eine der beiden neugewählten Sozialdemokraten das Mandat verlieren. Die Aufsichtsbehörde wird dem Beschlusse zweifellos zustimmen.

Auch in Ueteren wurde der Zensus vor einigen Wochen um 800 W. erhöht, trotzdem dort noch kein Sozialdemokrat gewählt ist. Die allmähliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmzahl in den letzten Jahren genügt schon, in Ueteren in heilloser Angst zu versetzen.

Agrarischer Steuerbetrug.

In den konservativen „Preussischen Jahrbüchern“ ist in der letzten Zeit den Agrariern ziemlich scharf zugelegt worden wegen der Art, wie sie den Staat systematisch um Steuern betrügen. Es haben sich besondere Bureaue gebildet — auch dem Bund der Landwirte ist ein solches Bureau angegliedert — die die Aufgabe haben, die Geschäftsbücher der Agrarier zum Zwecke der Steuerberanlagung zu bearbeiten. Diese organisierte Steuerhinterziehung hat solche Dimensionen angenommen, daß das preussische Finanzministerium sich genötigt sah, in einem Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden auf dieses Treiben aufmerksam zu machen.

Im neuesten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ wird folgender Fall festgehalten:

Ein Besitzer landete der Veranlagungskommission sein Jahresabrechnungsbuch ein, das von der Buchreihe der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft früher sauber nach Art der doppelten Buchhaltung angefertigt war und in dem bei den Wirtschaftsumkosten unter anderem folgende nicht abzugsfähige Ausgaben berechnet waren:

Gehalt an den Besitzer als Betriebsleiter	4000,— M.
Sonstiges	6008,88 „
Berner für Neuanschaffungen von Maschinen und Geräten	6076,40 „
Reisen	4170,40 „
Reisen (Wartung, Drainage)	2880,73 „
Sonstiges (Gehälter und Löhne für Hauslehrer, Gouvernante, Diener und Köchin)	4167,06 „
Haushalt	9962,67 „
Darunter Wirtschaftsgeld	6000 M.

Das sind also 30 434,71 M. unentrichtete Abzüge!

Damit, daß selbst die einzelnen Pflennige angegeben werden, soll der Eindruck der denkbar größten Genauigkeit erweckt werden. Daß sich der Besitzer für seine Tätigkeit selbst Gehalt zahlt und dieses bei der Steuerberanlagung noch dazu in Abzug bringt, ist entschieden eine agrarische Eigenartlichkeit. Die obige Aufstellung ist eine Veranschaulichung der oft behaupteten Tatsache, daß die Agrarier nur das versteuern, was ihnen übrig bleibt. Daraus erklärt es sich, daß seinereit auch der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, seine Einkommensteuer bezahlte. Es blieb eben nichts übrig. Wenn Arbeiter, Handwerker und Beamte auch so rechnen würden, dann könnte der Staat seine Steuerkassen getrost zusperrten, denn zum Zwecke der Besteuerung würde in den meisten Fällen nichts übrig bleiben. Je weniger die Agrarier aber zahlen, desto annähernder und unbestimmter spielen sie sich im Staate auf.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakbranche.

Von der Regierung wird Aufschluß darüber gegeben, wie die Tabakarbeiter durch das Tabaksteuergesetz geschädigt wurden. Danach haben zwischen Juli und Oktober 1909 7700 Unterfertigungsgesuche arbeitslos gewordener Tabakarbeiter vorgelegen. Von diesen wurden 4971 als berechtigt anerkannt, 630 abgelehnt und 210 waren zur Zeit der Erhebung noch nicht erledigt. Bis Ende Oktober sind 129 203 M. Unterstützungen ausbezahlt worden.

Der brandbare „fliegende Gerichtsstand“.

Samstag, 7. Dezember. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur des „Simplicissimus“, Gulbranßen, wegen Verleumdung der Verwaltung der Reichs-Radbad zu sechs Monaten Gefängnis. Die Ursache gab die Veröffentlichung einer Zeichnung mit folgendem Dialog zweier in den Trümmern eingeklemmter Bergleute: „Nun hat die Behörde auch noch eine Frau mit acht Kindern auf die Strafe gesetzt.“ — „Nunre nicht, dafür gibt sie uns hier noch immer freies Logis.“

Die Zulässigkeit des fliegenden Gerichtsstandes im Privatnagereverfahren hat die Verwaltung der Reichs-Radbad in die Lage versetzt, das verdrängte Wahlrecht vor ein Schöffengericht des Ruhrreviers zu bringen. Hätte sich der Staatsanwalt der angeblich beleidigten Besenverwaltung angenommen, wie er das in den Prozeß gegen die „Vergarbeiter-Zeitung“ und die Dortmunder

„Arbeiter-Zeitung“ lat. so wäre der „Simplicissimus“ vor die Stuttgarter Geschworenen gekommen und dann dürfte das Urteil etwas anders ausgefallen sein.

Zienbiel dankt ab.

Der bekannte preussische Generalkonsultant Dr. Zienbiel hat aus Gesundheitsrücksichten sein Abchiedsgesuch eingereicht. Wahrscheinlich wird es ihm anstandslos genehmigt, denn seit Monaten ist er schon völlig dienstunfähig. Zienbiel machte sich zuletzt auffällig bemerkbar durch die spärliche Ehrenersklärung, die er dem später des Weimars anwesenden Fürsten Philipp Carl von Sachsen ausstellte. Vielleicht wollte er damit beweisen, daß Fürsten gegenüber die Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde“ der Welt zu sein vermag. In den von ihm geführten Prozessen gegen sozialdemokratische Putschführer war hingegen von dieser Objektivität nichts zu spüren.

Kein britisch-deutscher Kongovertrag.

Das Gerücht, daß ein geheimes britisch-deutsches Kongovertrag besteht, wird nun auch von englischer Seite offiziell in Abrede gestellt. Das Reutersche Bureau erzählt, wie aus London gemeldet wird, von gut unterrichteter Seite, daß die Nachrichten von einem geheimen britisch-deutschen Kongovertrag hier lebhaftes Ersäunen hervorgerufen haben. Ein neues Abkommen, das den erwünschten Gerüchten als Grundlage dienen könnte, besteht nicht, wie schon einmal festgestellt wurde. Ein englisch-deutsches Abkommen, das im letzten Mai geschlossen wurde, betrifft eine lokale Grenzfrage zwischen Deutschland und England in einer Gegend, wo die britische und die deutsche Grenze mit der des Kongostaates zusammenstößt. Das Abkommen schließt nach keiner Seite hin eine beträchtliche Gebietsabtretung in sich. Es enthält weiter nichts als eine Grenzberichtigung, die sich auf die Arbeiten von Grenzkommissionen stützt und rein geographisches Interesse hat. Soweit dieses Abkommen die Grenze des Kongostaates berührt, wird es Gegenstand gemeinschaftlicher Verhandlungen der drei beteiligten Mächte sein, die in Brüssel stattfinden werden. Darüber hinaus sieht das britisch-deutsche Abkommen nicht im entferntesten von der Frage der Reform des Kongostaates in Beziehung und hat auch zu ihr niemals in Beziehung gestanden.

Ein Adventist.

Wegen Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam stand jetzt der Rekrut Rattet vom 102. Infanterieregiment in Jittau vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der Angeklagte gehört der Sekte der Adventisten an, welche grundsätzlich jeglichen Dienst, der sich nicht als ein gutes Werk darstellt, an Sonnabenden verweigern. Am 23. und 30. Oktober hat er der mehrfachen Aufforderung, zum Dienst anzutreten, nicht Folge geleistet und geäußert, daß er nicht Dienst mitmachen, sein Glaube verbiete es ihm. Die Bescheide seines Vorgesetzten hielten höher als die der Menschen, meinte er. Er wurde unter Anklage gestellt und vom Kriegsgericht zu 14 Tagen strenger Arrest verurteilt. Das Gericht hat die Mindeststrafe ausgemessen, weil der Angeklagte nicht aus Widersehlichkeit, sondern aus Glaubensüberzeugung den Dienst verweigert hat. Der Angeklagte erklärte auf Vorhalt, daß er auch für die Zukunft keine Versprechung abgeben könne, daß er an Sonnabenden Dienst tun werde.

Das Urteil im Kieler Wertprozess rechtskräftig.

Kiel, 7. Dezember. Wie die „Kieler Neuesten Nachrichten“ melden, hat die Staatsanwaltschaft die Revision im Kieler Wertprozess zurückgezogen. Das Urteil ist somit rechtskräftig. Die Maßregel der Staatsanwaltschaft ist sehr vernünftig.

Herr J. Jeppson sendet uns folgende Zuschrift, die er als Berichtigung aus Grund des § 11 aufgenommen wissen will. Obgleich wir die Richtigkeit, daß er aus Preußen ausgewiesen sei, bereits in unserer Nr. 231 als falsch zurückgenommen haben, kommen wir dem Verlangen des Herrn nach Veröffentlichung seiner Zuschrift nach. Sie lautet:

„Ich bin nicht ausgewiesen, sondern vom Polizeipräsidenten von Berlin aufgefordert worden, innerhalb vier Wochen aus Schweden Papiere beizubringen, die für Deutschland Gültigkeit haben. Derartige Papiere zu beschaffen war mir nicht möglich, da ich vor 42 Jahren Schweden verlassen habe. Ich bin infolgedessen seit 22 Jahren aus dem schwedischen Staatsverband ausgeschieden, weil ich veräußert habe, mein Heimatrecht zu erneuern, was alle 10 Jahre geschehen muß. Die schwedische Gesandtschaft, an die ich mich gewandt habe, hat mir ein Schreiben für die Polizeidirektion in Västernorrland geschickt, worauf der Herr Beamte in Västernorrland versichert, daß das genüge. Ich habe mich auch um die Wiederaufnahme in den schwedischen Staatsverband bemüht. Ob sie mir gewährt wird, ist zweifelhaft, und für die Aufnahme in den preussischen Staatsverband bin ich schon zu alt. Ich hoffe nach alledem in Preußen bleiben zu können. — Joh. Jeppson, Västernorrland, Scheffelstraße 8.“

Frankreich.

Ohne Polizei — keine Freiheit!

Paris, 5. Dez. (Fig. Ver.) Der heutigen Generalversammlung des Hilfsvereins der Pariser Schutzleute hatte man mit Spannung entgegengesehen. Die Polizeibeamten haben ja jetzt eine, wenn auch mit lokalen Erklärungen überreizt garnierte Bewegung zur Förderung ihrer professionellen Interessen begonnen und die traditionelle Anwesenheit des Ministers des Innern ließ wichtige Erklärungen erwarten. Briand hat denn auch in der Tat Worte väterlicher Fürsorge mit Warnungen vor „bösen Einfüßerungen“ verbunden. Gleichzeitig trug er seine „angepaßten“ sozialphilosophischen Ministergebanten über die gesellschaftliche Rolle der Polizei vor. Clemenceau hat sich bekanntlich seinerzeit bei der gleichen Gelegenheit weislich als „promovierender“ (der „obereste Polyp“) von Frankreich vorgestellt. Briand präzisierte folgendes über das persönliche Verbleiben in das Gebiet sozialer Wissenschaft hinübergreifenden Aphorismus: Ohne Polizei gibt es keine Freiheit!

Italien.

Das Kabinett Sonnino.

Rom, 7. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Kabinett Sonnino, in das auch der einflussreiche und angesehenste Abgeordnete Admiral Pettolo, sei es als Marineminister oder als Minister des Auswärtigen eintreten wird, ist gesichert. Es wird sich wahrscheinlich Sonnabend, am 11. Dezember, der Kammer vorstellen. Der „Avanti“ sagt heute, die Haltung der Partei gegenüber dem neuen Kabinett werde von dessen Programm abhängen. Außer der dringenden Lösung der Volksfrage und der Einführung der Arbeiterversicherung sei eine fortschrittliche und gerechte Wahlreform unumgänglich. Gelänge es Sonnino, die Wahlreform durchzuführen, so könnte sein Kabinett der Vorläufer eines demokratischen Ministeriums werden.

England.

Zum Wahlkampf.

London, 7. Dezember. Der gestrige Tag brachte eine ganze Reihe von Kundgebungen zum Verfassungskonflikt. In Manchester sprach der Handelsminister Churchill in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung unter stürmischem Beifall sehr scharf gegen die Lords. Er wies darauf hin, daß auch nach Einbringung des Budgets, das

angeblich das Kapital vernichte, die britische Ausfuhr fortwährend gestiegen sei. Der Kampf gegen die Lords müsse bis zum Ende geführt werden um jeden Preis. Wenn Parlamente zerbrochen und Konstitutionen verletzt werden, so muß jeder Mann Hand anlegen. Wenn das Budget angenommen ist, wie es angenommen werden wird, werden die Grundsteuern ungeschwächt und unverändert wieder da sein.

In Liverpool kündigte der liberale Abgeordnete, Oberst Seely, an, daß in der nächsten Tagung die Verfassung schriftlich festgelegt werden solle. Der Unterstaatssekretär Herbert Samuel erklärte, das Kabinett sei seit entfallen, die Föhmung des Oberhauses durchzuführen.

Der parlamentarische Ausschuss der Gewerksvereine erließ ebenfalls eine heftige Kundgebung gegen das Oberhaus, dessen Missetaten aufgezählt werden und dessen Abschaffung verlangt wird.

Dänemark.

Die Ministeraufgabe beschlossen.

Kopenhagen, 7. Dezember. Das Folkething hat dem Antrag der Untersuchungskommission entsprechend, beschlossen, die früheren Minister Christensen und Berg vor das Reichsgericht zu stellen.

Amerika.

Ueber 400 Millionen Mark gespart.

Washington, 6. Dezember. Schatzsekretär Mac Veagh unterbreitete dem Repräsentantenhaus den Budgetvoranschlag für das neue Fiskaljahr. Das Gesamtbudget ist auf 732 223 075 Dollar veranschlagt, das sind 123 003 403 Dollar weniger als das Budget des Vorjahres und 108 370 803 Dollar weniger als das Budget des laufenden Fiskaljahres. Infolge der vom Präsidenten fast empfohlenen Sparsamkeit sind überall Abstriche gemacht worden und Neuanschaffungen nur da vorgezogen, wo sie als unbedingt notwendig anerkannt werden mußten.

Aus Industrie und Handel.

Schlachtvieh- und Fleischbespan.

Nach einer Zusammenstellung im kaiserlichen statistischen Amt ergeben sich folgende vergleichende Zahlen über beschaute Schlachtvieh: in drei Viertel Jahr

	1904	1906	1908	1909
Pferde und andere				
Einhufer	23 827	28 426	26 630	30 306
Ochsen	145 682	153 816	156 888	161 750
Bullen	128 553	120 254	136 802	137 088
Rühe	879 179	805 208	412 002	440 955
Jungvinder über drei Monate alt	240 478	258 035	312 405	334 371
Rinder bis drei Monate alt	1 072 835	1 008 079	1 186 386	1 313 202
Schweine	3 508 461	3 109 802	3 815 399	3 574 008
Schafe	708 461	742 408	742 500	799 786
Ziegen	44 223	41 485	38 405	48 693
Hunde	762	1 032	1 021	1 041

Nachgang des Schweinefleischkonsums, Steigerung des Pferdefleischkonsums, auch ein Maßstab für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse!

Die Geschäftslage in der Textilindustrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist in den letzten Monaten ein besserer geworden. Immerhin ist das Angebot von Arbeitskräften in den verschiedenen Bezirken momentan sehr groß. Der November brachte die Vautätigkeit teilweise zum Stillstand und klaffen nun große Scharen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aller Art arbeitslos an die Fabriktore. Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmer die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne auf den Lohn zu drücken. Sehr beeinträchtigt wird die beginnende Belegung in der Baumwollbranche durch eine tolle Haufe an der New Yorker Baumwollbank. Raum stellen sich die ersten stüchtigen Anzeichen einer Belegung ein, finden sich auch schon Spekulationen und treiben, geführt auf unangünstige Erntenaussichten, durch Aufkauf des Angebots, den Preis der Rohbaumwolle um 40—50 Proz. in die Höhe. Dabei sollen 4 Leute in den letzten Monaten 120 Millionen Dollar „verdient“ haben. Die Baumwollspinner der Welt versuchen mit Vertriebsbeschränkungen dem Treiben zu begegnen. In England, Italien, Oesterreich ist die Produktion erheblich eingeschränkt. In Deutschland ist es zu einer einheitlichen Einschränkung noch nicht gekommen. Die Leiter der deutschen Baumwollspinnerverbände sind jedoch an der Arbeit, auch für Deutschland ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Die Arbeiter werden die Leidtragenden sein. Ein Teil der Baumwollspinnereien arbeitet bereits mit beschränkter Arbeitszeit. So in Jittau, Münsterthal, Rittweide, N. Gladbach. Voll beschäftigt sind die Spinnereien in Chemnitz, Leipzig, Oberhausen, Wittenberg. Die Baumwollweberei in ihren verschiedenen Zweigen hat sehr verschiedene Geschäftslage. Die Webereibereitungen Süddeutschlands haben sehr flott zu tun; die Duntwebereien jedoch gehen wieder zu Betriebsbeschränkungen über. Das Münsterland, Oberhausen und Schlesien sehen besseren Geschäftsgang; die sächsische Lausitz und der Elbisch dagegen leiden noch immer unter der Krise. So schlamm wie im Vorjahr lauten allerdings heute die Nachrichten im allgemeinen nicht mehr. Die Feinweberei und Flachspinnerei ist in allen in Frage kommenden Bezirken gut beschäftigt. Die Preisrückbildung der Baumwollgewebe dürfte den Feinwebereien zugute kommen. In der Wollebranche hält der gute Geschäftsgang gleichfalls an. Ganz besonders gilt dies von den Kammgarnspinnereien. Für die Spinner ist das Jahr 1909 ein Jahr reicher Ernte. In den Kammgarnwebereien hat momentan die Beschäftigung etwas nachgelassen, doch wird noch überall voll gearbeitet. Färbereien, Appreturen arbeiten sogar mit Ueberstunden. Etwas weniger günstig liegen die Verhältnisse in der Tuchbranche (Herrenstoffbranche). Aus Ludenwalde, Forst, Lambrecht und Grünberg in Schlesien wird über Geschäftsklage berichtet. Im letzteren Ort wollen sich die beiden vorhandenen großen Fabriken verschmelzen. Die „Schlesische Tuchfabrik R. Wolf & Co.“ soll aufgehen in der „Englischen Wollmanufaktur A. G.“. Der Gesamtumsatz der beiden Unternehmungen beträgt zirka 9 Millionen Mark. Die Samtwebereien sind gleichfalls, wie alljährlich um diese Zeit, wenig beschäftigt. Seidenstofffabriken, Wandfabriken, Teppich- und Webereien dagegen haben flott zu tun. Recht flott hat der Geschäftsgang seit etwa 5 Wochen im sächsischen Vogtland eingeseht. Die Seidenereien arbeiten zum Teil mit Ueberstunden. Die Krise hat dort jahrelang gewütet. Jetzt klagen die Unternehmer über Mangel an weiblichen Arbeitskräften.

Zuckerproduktion Deutschlands.

Nach der Statistik der Zuckergewinnung und Zuckerversteuerung sind im Vertriebsjahre 1908/09 (1. September 1908 bis 31. August 1909) 368 Zuckerraffinerien mit Rübenverarbeitungs- und Vertriebsgewerken, im Vorjahre 365. Ferner haben 39 (1907/08: 41) Raffinerien und 6 (1907/08: 6) Melasse-Entzuckerungsanstalten gearbeitet. In diesen 403 Betriebsanstalten sind im ganzen 2 079 221 Tonnen Zucker gewonnen worden (alle Erzeugnisse auf Rohzucker umgerechnet), im Vorjahre 2 138 731 Tonnen. Auf die 355 rübenverarbeitenden Fabriken entfallen davon 1 980 387 Tonnen (1907/08: 2 017 071 Tonnen). In 42 024 gewöhnlichen Arbeitsschichten

wurden 11 809 182 Tonnen Rüben verarbeitet, mithin in einer Arbeitsschicht 281 Tonnen, während im Vertriebsjahre 1907/08 in 43 023 Arbeitsschichten 13 482 750 Tonnen Rüben, mithin in einer Arbeitsschicht 310 Tonnen, verarbeitet wurden.

Die verarbeiteten Rüben wurden gerettet auf 436 185 Hektar (1907/08: 450 030 Hektar).

Zur Herstellung von 1 Kilogramm Zucker waren durchschnittlich 5,96 Kilogramm Rüben gegenüber 6,09 Kilogramm im Vorjahre erforderlich.

Auf den Kopf der Bevölkerung betrug der Verbrauch in Verbrauchsgeräten 17,38 Kilogramm (1907/08: 17,07 Kilogramm).

Die Ausfuhr hat sich in Rohzuckerwert um 121 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahre vermindert und erreichte eine Höhe von 835 416 Tonnen.

Krupps Dividende. Die Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Friedr. Krupp zu Essen a. d. Ruhr genehmigte gestern den Abschluß für das Geschäftsjahr 1908/09. Die Dividende wurde auf 8 Proz., wie im Vorjahre, festgesetzt, und ein Betrag von 1 780 000 M. an die Rücklagenkonten überwiesen.

Dividenden. Die Posener Spiritus-Aktiengesellschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 25 Proz. — Die Hermannmühle, Aktiengesellschaft, in Posen konstatiert ein äußerst günstig abgelaufenes Geschäftsjahr und verteilt eine Dividende von 12 Proz., gegen 8 im Vorjahre.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz: „Aus den Ergebnissen der Veranschlagung“ in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ hat der Druckfehlerbezug in der Zusammenstellung aus der Gruppe E 731 799 Selbständige aufgezählt, es muß heißen „331 799“.

Aus der Frauenbewegung.

Die weiblichen Angestellten im Gastwirts- und Hotelbetriebe.

Ein ganzes Heer von Angestellten und Arbeitern beiderlei Geschlechts ist im Hotel- und Gastwirtsbetriebe beschäftigt. Ergab doch die Veranschlagung im Jahre 1907 nicht weniger denn 587 910 Personen als im Gastwirtsbetriebe tätig. Hierunter dürften mindestens $\frac{3}{4}$ weibliche Personen sein und diese gehören zu den schlechtestgestellten Arbeiterinnen. Von ihrem Elend dringt nur sehr wenig an die Öffentlichkeit, weil sie selbst sich noch in keiner Weise gerührt haben. Der Organisationsgedanke kann hier nur sehr langsam Eingang finden. Von den Gesehen, die für die gewerblich tätigen Frauen gemacht wurden, sind die im Gastwirtsbetriebe tätigen Arbeiterinnen ausgeschlossen. So finden die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die am 1. Januar 1910 in Kraft treten, auf sie keine Anwendung. Die Inhaber der kleinen und mittleren Gastwirtsbetriebe, die soden durch die famose Steuerreform arg mitgenommen wurden, mußten auf der anderen Seite wenigstens teilweise schadlos gehalten werden, indem man ihnen die Ausbeutungsfreiheit gegenüber ihrem weiblichen Personal uneingeschränkt beläßt.

So verhält es sich auch mit der Bundesratsverordnung vom Jahre 1902, welche die Ruhezeiten im Gastwirtsbetriebe regelt. Diese findet bekanntlich nur Anwendung auf das gelehrte Personal, die Kellner und Köche und die am Buffet beschäftigten Personen. Die große Masse der Hilfspersonen, darunter auch die weiblichen, scheiden selbst bei diesen geringfügigen Schutzbestimmungen aus. Für die Mädchen in der Küche bei der Wäsche und auf den Etagen kommen Arbeitszeiten von 14, 16 und 17 Stunden in Frage. Die Mädchen, namentlich aber die Aufwäscherinnen, sind meist die schlechtesten, die es im Hause gibt: kleine, dunkle und feuchte Köcher, in denen häufig den ganzen Tag bei künstlichem Lichte gearbeitet werden muß. Nicht weniger schlimm sind die Zimmermädchen daran, die den ganzen Tag treppauf, treppab zu rennen und die in den Fremdenzimmern oft recht widerliche Arbeiten zu verrichten haben.

Die Kost ist für alle diese Mädchen in den allermeisten Fällen eine gänzlich mangelhafte und ungenügende. Das „Deutsches“ wird in der Regel aus allerhand Resten oft sehr zweifelhafter Herkunft zusammengestellt. Genau so elend sind die Wohnungen. Direkt unter dem Dach oder im Keller, vier, sechs, acht in einem Räume, die Betten übereinander gestellt, so hausen die Vermissten. Alle zusammen müssen sich oft mit nur einem oder zwei Wäschebecken begnügen. Zur Aufbewahrung der Kleider ist im günstigsten Falle ein wackliger Schrank vorhanden. Reißt werden die Kleider direkt an der Kalkwand aufgehängt.

Wohl nirgends sonst als wie hier stoßen die sozialen Gegenstände so hart und unermittelt aufeinander. Von der eleganten Salons mit kostbaren Möbeln, die behaglich durchdrühten Speise-, Les- und Gesellschaftszimmer, in denen die Teppiche jedes Verdrusses abdämpfen, überall Lichtfülle, Behaglichkeit, Komfort — ein Heer von dienstbaren Geistes beiderlei Geschlechts, jederzeit bereit, den Wünschen der Gäste zu dienen. Das Personal aber selbst entbehrt alles, was das Leben schön und angenehm macht; keine Ruhepause, elende Kost und schlechte Aufenthaltsräume, die nicht die geringste Behaglichkeit bieten.

Da die weiblichen Angestellten in ihrer großen Mehrheit von dem geringfügigen Gehalt der Verordnung vom Jahre 1902 ausgeschlossen sind, so vergehen oft Wochen, ehe sie einmal ihr glanzvolles Gehältnis verlassen dürfen. Sie haben kein Recht auf Aufschub oder Ausgehete und sie haben deswegen stets den Direktor oder die „gnädige Frau“ um Erlaubnis zu fragen. Die meisten Hausordnungen enthalten den Postus, daß „bei unbefugtem Verlassen des Hauses sofortige Entlassung“ eintritt. Der Ausgang wird dann in der Regel von 8 oder 4 Uhr an bis um 11 oder 12 Uhr nachts, auf eine spätere Stunde wird der Erlaubnisschein nur selten ausgestellt, weil die Herren Chefs um die Moral der Mädchen sehr besorgt sind.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn diese Proletarierinnen von dem Organisationsgedanken bisher fast noch gänzlich unberührt geblieben und ihm auch schwer zugänglich sind. Trotzdem hat es der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen unternommen, in Berlin damit den Anfang zu machen und eine weibliche Abteilung zu gründen. Deren sind auch bereits 40 Personen beigetreten. Hoffentlich gelingt es, auch in jenen Kreisen die nötige Aufklärung zu verbreiten, die Angestellten für die Organisation zu gewinnen, damit auch hier bessere Verhältnisse durchgeföhrt werden.

Der Bund für Mutterschutz hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe anzubieten zu lassen, sondern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Nachweis von Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Filiale, Anfertigung von Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Unterricht in Sprachen, Italien, Russisch, als Hausdamen, Reisebegleiterinnen usw., bei der Gründung einer neuen Existenz zur Seite zu stehen. Er bemüht sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungsfrage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringen Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegerin, ihre Absichten und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7—9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz, Trautenaustroße 20, zu richten. Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterschutz die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Västernorrland. Donnerstag, den 9. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5, öffentliche Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Frau Zick: „Die Wirkungen der neuen Steuern auf die Hausfrauen!“

Gewerkschaftliches.

Deutsche Arbeitergroßen für das Ausland.

Unter dieser Überschrift bringt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 49 vom 5. Dezember 1909 einen Artikel, in dem die Opfer aufzählt, welche die deutschen Arbeiter bei Streiks ihrer ausländischen Kollegen zur Unterstützung der Streikenden gebracht haben. Dagegen sollen nach der in dieser Notiz gegebenen Darstellung die ausländischen Arbeiter bei Streiks in Deutschland sehr wenig Solidarität bekundet haben. Zum Beweise dafür wird eine Menge Zahlenmaterial angeführt. Was von diesen Zahlen zu halten ist, ergibt sich aus folgendem. In dem fraglichen Artikel heißt es u. a.:

„Dann aber kam 1905 der große deutsche Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, und der internationalen Solidarität war Gelegenheit geboten, der deutschen Opferwilligkeit, die sich so oft und glänzend bewährt hatte, in gleicher Weise zu danken. Nur 17 652 M., zu denen Dänemark allein 10 405 M. beisteuerte, hatte die internationale Solidarität von 9 Staaten für die deutschen Bergarbeiter übrig. Das reiche England schickte 204 M., und Schweden, das jetzt ungefähr 1 160 000 M. für das leidenschaftliche Experiment eines Massenstreiks aus Deutschland gezogen hat, gab 1124 M. 28 Pf.“

Der Artikelschreiber will sein Material aus Protokollen der Parteitage und der Kongresse der freien Gewerkschaften genommen haben. Das ist, mindestens soweit das oben Bittere in Frage kommt, gelogen. Hätte der Artikelschreiber das Protokoll des Bergarbeiterverbandes über dessen Generalversammlung vom Jahre 1907 zur Hand genommen — denn darin befindet sich die Abrechnung über den Streik vom Jahre 1905 — dann hätte er solchen Unsinn nicht schreiben können. Hat er es aber eingesehen, dann hat er wider besseres Wissen gehandelt.

So schickte das „reiche England“ nicht 204 M., sondern 153 224,10 M., und zwar je eine Rate von 40 839,50 M. und 40 839,60 M.; quittiert in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1905, eine dritte Rate von 40 839,50 M., quittiert in Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“. Diese Beträge sandte die Miners Federation. Außerdem sandte die Miners Mutual Confidence Association Northumberland 10 214,90 M. und die Miners Association Durham 20 429,80 Mark. Diese sind in Nr. 9 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1905 quittiert. Daneben sind noch kleinere Beträge von Einzelpersonen gesandt worden. In dem oben bezeichneten Protokolle des Bergarbeiterverbandes ist auf Seite 188 die aus dem Auslande gekommene Streikunterstützung auf 158 030,78 M. angegeben. Das ist nur die Summe, die vom Auslande direkt an den Verband gesandt worden ist. Dagegen sind die Summen, die vom Auslande an die Generalkommission, die Partei usw. gesandt worden sind, und die in den von diesen eingekommenen Summen miteinhalten sind, darin nicht eingerechnet.

Das zeigt wohl zur Genüge, was von dem Geschreibsel des Kapitalhordlings zu halten ist. Der Zweck der ganzen Schreibung ist aber sehr durchsichtig. Die deutschen Arbeiter sollen bei Streiks im Auslande nicht mehr, wie bisher, Solidarität bezeugen und dann natürlich vom Auslande auch nicht unterstützt werden, wenn sie selbst streiken.

Der Liebe Müß' wird aber vergebens sein!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

In der am Montag abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes erstattete Glode Bericht über den seitherigen Verlauf der Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitgeber. In der letzten Besprechung ist vereinbart worden, daß der Verband eine Tarifvorlage aufstellt und dieselbe der Unternehmerorganisation einreicht. Die Ortsverwaltung hat in Verbindung mit der Kontrollkommission die Forderungen der Berliner Holzarbeiter beraten und in einer Vorlage zusammengefaßt, welche der Vertrauensmännerversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet wurde. Die Vorlage enthält Verbesserungen des seitherigen Vertrages in verschiedenen Punkten. Der gegenwärtigen Situation wird soweit Rechnung getragen, als nur solche Forderungen aufgestellt worden sind, die sich nach Ansicht der Arbeiter durchzuführen lassen und bei gutem Willen der Unternehmer auch durchgeführt werden können. Die Arbeiter gehen davon aus, daß ein Vertrag von längerer Dauer nicht ohne ein gewisses Maß von Verbesserungen abgeschlossen werden kann und erwarten, daß diese Verbesserungen ohne Kampf durchgeführt werden. Die Vorlage wurde eingehend diskutiert und von der Versammlung gutgeheißen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Vertrauensmännerversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Ortsverwaltung mit den Arbeitgebern zwecks Aufstellung eines neuen Tarifvertrages in Unterhandlung tritt. Sie erwartet von den Unternehmern, daß sie nennenswerte Verbesserungen für die von ihnen geforderte Vertragsperiode zustehen. Sollten die Unternehmer jedoch kein Entgegenkommen zeigen und eine Aussperrung beabsichtigen, so erklären die versammelten Vertrauensmänner namens ihrer Kollegen, den Kampf entschlossen aufzunehmen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen. Die Vertrauensmänner verpflichten sich ferner, die Verwaltung dadurch zu unterstützen, daß sie für Stärkung der Organisation eintreten durch Heranziehung der nichtorganisierten Kollegen zum Verband und Stärkung der Finanzen des Verbandes.“

Die Konfektionäre Berlins und die Aussperrung in Stettin.

Eine zahlreich besuchte öffentliche Konfektionärsversammlung, die am Montag den großen Saal der Brauerei Friedrichshain füllte, beschäftigte sich mit der Frage: „Welche Pflichten erwachsen uns aus dem Gewaltstreik der Stettiner Konfektionäre?“ Der Referent Kunze schilderte zunächst, wie die Aussperrung zustande gekommen ist. Die Konfektionäre in Stettin wollten statt Lohnhöhungen, wie sie bei der Verteuerung der Lebenshaltung notwendig gewesen wären, Lohnherabsetzungen durchführen. Die stark organisierten Konfektionäre Stettins wollten darauf selbstverständlich nicht eingehen, erklärten sich aber, als der Tarifvertrag am 1. Oktober abließ, bereit, ohne Tarif weiterzuarbeiten. Sie hätten wohl den Kampf um einen neuen Tarifvertrag vorgezogen, aber die derzeit schlechte Konjunktur ließ das nicht rasch erscheinen. Der abgelassene Tarif war im Sommer 1908 ohne große Kämpfe zustande gekommen. Aber im Jahre 1907 weigerten die Arbeitgeber sich, den Tarifvertrag zu erfüllen, und so mußten die Arbeiter einen 6 Wochen währenden Kampf führen, um ihn zum zweitenmal und etwas nachhaltiger zur Anerkennung zu bringen. Sie blieben Sieger in dem Kampf, aber die Konfektionäre erklärten damals, daß sie den Tarif bei erster besser Gelegenheit wieder vernichten und dann überhaupt keinen Tarif mehr haben wollten. Nun aber, da die Konfektionäre bereit sind, ohne Tarif zu arbeiten, scheinen die Konfektionäre anderer Meinung zu sein und veranlassen gerade deswegen drei Wochen vor Weihnachten eine große Aussperrung. Der Redner erklärte, daß diese Aussperrung nicht, wie in der

Presse auf Grund irrthümlicher Annahmen berichtet wurde, 6000 Personen umfaßt, sondern nur etliche über 1000. Wohl sind im Verlaufe an 6000 Personen beschäftigt in Stettin, aber die Macht der Konfektionäre reicht nicht so weit, um sie alle oder auch nur den größten Teil davon auf die Straße zu werfen. Eine andere Frage ist allerdings, ob die Konfektionäre nicht durch Arbeitsniederlegung der Aussperrung etwas nachhelfen werden und der Kampf dadurch größere Ausdehnung gewinnen wird. Darüber haben sie jedoch selbst zu entscheiden. Nach außen hin hat die Aussperrung den Anschein, als ob sie eine rein lokale Maßnahme der Stettiner Konfektionäre wäre, in Wirklichkeit stehen jedoch, wie der Redner betonte, dieselben Leute dahinter, die 1907 in der Maßschneiderei den großen Kampf hervorriefen. Es haben also danach auch die Maßschneider Deutschlands ein sehr hartes Interesse daran, daß den Arbeitgebern in Stettin eine Niederlage bereitet wird. Die Stettiner Konfektionäre müssen danach trachten, daß sie ihre Arbeit trotz der Aussperrung fertiggestellt erhalten, und es ist ganz selbstverständlich, daß sie sich damit anderswohin, namentlich auch nach Berlin wenden. In der Berliner „Volkzeitung“ werden in Annoncen denn auch schon auffallend viele Konfektionäre von Firmen gesucht, die bisher keinen großen Bedarf an Arbeitskräften hatten. Dazu kommt, daß einzelne Firmen an Zwischenmeister die Frage gerichtet haben, ob sie eine größere Werkstätte hätten, so daß sie mehr Gesellen einstellen könnten; es sei jetzt außerordentlich viel Arbeit da. Alles das deutet darauf hin, daß man bereits versucht, Stettiner Arbeit in Berlin unterzubringen. Daraus erwächst den hiesigen Konfektionären die Pflicht, überall auf der Hut zu sein, damit sie nicht in die Lage kommen, Streitarbeit zu machen. Hauptächlich sollen sie auch die großen Zwischenmeister scharf im Auge haben. Als 1906 der Lohnkampf in Elberfeld stattfand, da kamen Zwischenmeister in Berlin, die Elberfelder Arbeit übernommen hatten, nach dem Bureau des Schneiderverbandes und verlangten, daß der Verband ihnen die Arbeit ablaufen sollte. Aus den Beiträgen der Mitglieder wollten also diese Herren eine reichlich bemessene Entschädigung dafür einheimen, daß sie die Streitarbeit zurückhielten. Damit solche Unverschämtheiten nun nicht wieder vorkommen, müssen die Berliner Konfektionäre von vornherein dafür sorgen, daß solchen Zwischenmeistern von Anfang an die Lust vergeht, Arbeit aus Stettin zu übernehmen. Wo irgendwie verdächtige Arbeit angeboten wird, ist das sofort im Bureau des Schneiderverbandes zu melden, damit die Sache untersucht werden kann. In Stettin selbst hat die Arbeiterschaft des Berufs und ihre Organisationsleitung alles getan, um die Verhältnisse auf friedlicher Grundlage zu regeln, aber die Arbeitgeber wollten den Kampf. Die dortigen Konfektionäre halten tapfer im Kampfe aus und sind durchaus darauf vorbereitet, daß er längere Zeit dauern wird. Die Arbeiterschaft des Schneidergewerbes ganz Deutschlands hat um so mehr Interesse an den Vorgängen in Stettin, als dieselben Leute, die 1907 die Macht des Schneiderverbandes zu brechen suchten, auch hier wieder ihre Hände im Spiele haben.

Aber für die Berliner Konfektionäre muß der Kampf in Stettin auch ein Anreiz sein, nun selbst einmal alle Kraft einzusetzen, um ihre eigenen Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Im Jahre 1907 war es gelungen, mit einer Reihe hiesiger Konfektionärfirmen der Herrenbranche Tarife abzuschließen, aber die Laufzeit der Arbeiterschaft, die sich während der bald darauf eingetretenen Krise bemerkbar machte, hatte zur Folge, daß die damals errungenen Vorteile zum Teil wieder verloren gingen und im allgemeinen die Preise immer mehr herabgedrückt wurden. Andererseits ist es aber bei Firmen, wo die Schneider gut organisiert waren, selbst in der Krisenzeit nicht nur gelungen, Lohnherabsetzungen abzuwehren, sondern auch noch Erhöhungen zu erzielen, wobei es sich allerdings fast ausschließlich um Werkstattarbeiter handelt. Mit dem Herbst dieses Jahres hat sich der Geschäftsgang in der Herrenkonfektion nun bedeutend verbessert, und einige Firmen, die bislang Abzüge über Abzüge machten, sind dazu übergegangen, hier und da freiwillig die Arbeitslöhne wieder zu erhöhen. Das sind natürlich nur kleine Broden, die man den Arbeitern hinwegwirft, weil man sie nun einmal wieder notwendig braucht. Die notwendig man sie braucht, zeigt sich auch darin, daß einzelne Firmen Prämien für die Beförderung tüchtiger Konfektionäre anbieten. Es ist damit zu rechnen, daß diese gute Konjunktur im nächsten Jahre anhält. Der Redner forderte die Anwesenden dringend auf, dafür zu sorgen, daß die günstige Zeit nicht ungenutzt verstreicht, daß die Konfektionärsarbeiterschaft Berlins alle Kraft einsetzt, um einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung zu schaffen und für die Zukunft eine feste Grundlage zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewinnt.

Dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, folgte eine rege Diskussion. Alle waren sich darüber einig, daß auf keinen Fall in Berlin irgendwelche Streitarbeit für Stettin hergestellt werden soll, und ebenso darüber, daß die hiesige Herrenkonfektionärsarbeiterschaft nun endlich mit allen Nachmitteln der Organisation für eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen hat. Es wurde ein Antrag eingebracht, die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes aufzufordern, so schnell wie möglich eine Lohnbewegung in der Berliner Herrenkonfektion einzuleiten. Da dieser Antrag jedoch nicht in öffentlicher Versammlung erledigt werden konnte, wurde er zurückgezogen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in der Brauerei Friedrichshain versammelten Konfektionäre und Schneiderinnen haben von den Vorgängen in der Stettiner Konfektion Kenntnis genommen. Den Versuch der Unternehmer, in Berlin Streitarbeit anzusetzen zu lassen, werden sie mit allen Mitteln verhindern.“

Aus den Ausführungen des Referenten haben die Versammelten ferner entnommen, daß die Unternehmer die Arbeiterschaft der einzelnen Bezirke gegeneinander auszuspielen, indem sie auf die Lohnverhältnisse dieser Orte hinweisen. In Rücksicht hierauf, sowie angesichts der stetig steigenden Kosten, welche der breiten Masse des Volkes auferlegt werden, erachtet die Versammlung die Regelung der Löhne der Berliner Konfektionäre als ein Gebot der Nothwendigkeit.“

An die organisierten Arbeiter Berlins und Umgegend!

In Anbetracht der äußerst schwierigen Organisationsverhältnisse im Gastwirtsgerwerbe sind die Angestellten dieses Berufes ganz besonders auf die wirksame Mithilfe der übrigen Gewerkschafts- und Parteigenossen angewiesen. Besonders die Bierabzieher sind noch so indifferent, daß obgleich sich der frühere Verein der Bierabzieher seit über zwei Jahren dem Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen angeschlossen hat, die meisten Bierabzieher noch gar nicht oder in einem Kollektiv organisiert sind, welcher besonders kriegerischer Freundschaft ist. Unterzeichnete Organisation richtet hiermit die dringende Bitte an alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, in den Lokalen, wo sie verkehren und sie einen Bierabzieher antreffen, sich die abgestempelte Verbandskarte zeigen zu lassen und darauf hinzuwirken, daß die Unorganisierten dem Gastwirtsgehilfenverband beitreten. Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverv. III, Bierabzieher. J. A.: Urban, Gartenstr. 90.

Keller- und Mineralwasserarbeiter! Werte Kollegen! Acht Monate sind es jetzt her, seit die Branche der Kellerarbeiter und Auischer in einer Mitgliederversammlung die Einführung der Legitimationskarte für die Kollegen Destillations- und Weinkulischer beschloßen hatte.

Vor einigen Tagen konnten wir dem 50. Kollegen Kutscher seine Karte ausstellen.

Wenn hierdurch der Beweis erbracht ist, daß die unablässige Propagierung einer auf die Interessengemeinschaft der Solidarität gestützten Vernetzung in kurzer Zeit einen derartigen Erfolg gezeitigt hat, muß es unsere Aufgabe sein, in dem Sinne und mit vereinten Kräften weiterzuarbeiten.

Ein hervorragendes Agitationsmaterial, dessen sich ein jeder unserer Verbandskollegen in der leichtesten Weise bedienen kann, besteht darin, in den Jahrbüchern der Partei auf den Zweck unserer Legitimationskarte hinzuweisen.

Zur ein jeder unserer Verbandskollegen auf diesem Gebiete und in dieser Weise seine Pflicht, dann wird der Moment nicht mehr fern sein, wo der Leber hier in Frage kommenden Berufscollegen im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert ist und durch eine starke, zentralisierte Organisation innerhalb des gesamten Transportgewerbes der größte Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen wird.

Vorwärts heißt die Lösung.

Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Der Reichstaxi für das Malergewerbe.

In Kassel entschied eine Versammlung gegen wenige Stimmen sich für Annahme des Reichstaxi-Vertragsmusters und für weitere zentrale Verhandlungen über Lohnverhältnisse und Arbeitszeit.

Christliche Kampfweise.

Bis zu welcher Erbarmlichkeit der Kampf der Zentrums-Christlichen Gewerkschaftler gegen die freien Gewerkschaften gedehnt, zeigte eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Oberhausen (Rheinland). Am 25. Juli er. hatte in Oberhausen eine stark besuchte Gelegenheitsversammlung der Zeche „Konkordia“ stattgefunden, in welcher der Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“, Genosse Pokorny, über: „Die Krise, ihre Ursachen und Wirkung“ referierte. Da den anwesenden „Christlichen“ Gewerkschaftsführern Ziele und Sieger die Ausführungen des Redners nicht pakteten, so versuchten sie es zunächst mit einer Demagogik, indem der Thiele die Anwesenden darauf aufmerksam machte, daß sie sich in einer „sozialdemokratischen“ Versammlung befänden, die nicht als solche angemeldet sei. Nachdem der Mann zur Ordnung gebracht war, provozierte sein Kollege Steger durch künstliche Aufregung der „Christlichen“ Kollegen einen solchen Spektakel, daß die Versammlung keine Fortdauer geerntet hatten, so suchten sie auf andere Weise ihr Machegefühl zu befriedigen, indem sie Anzeige erstatteten, daß die Versammlung eine politische gewesen und von dem Veranfaller nicht als solche angemeldet worden sei. Die Behörde hatte Verständnis für diese Schmeichelei und schickte dem Veranfaller und Leiter der Versammlung ein Strafmandat in Höhe von je 25 M. zu, wogegen zwecks Aufklärung des Sachverhalts natürlich Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt wurde. Am Donnerstag fand Termin vor dem Schöffengericht in Oberhausen statt, wobei die Günder Freisprechung erzielten unter Beladung der Staatskasse mit den Kosten. Gleichzeitig stellte sich aber auch heraus, daß die Polizeibehörde keinen Strafantrag gestellt hatte, sondern daß die Erhebung der Anklage auf Grund der Anzeige der „Christlichen“ erfolgt war! — Ein nettes Heldenstück! Die von den Christen angegebene Zeugen (der ZentrumsparteiSekretär Krommeyer und ein Kaufmann Wollendorf) waren trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen, so daß sie jeder in eine Strafe von 30 M. genommen wurden. Ob sie sich wohl nachträglich geschämt haben, Zeugnis abzulegen. Pfui Teufel! über solche Kampfweise.

Ausland.

Brutale Methoden des Klassenkampfes der Unternehmer werden jetzt wieder einmal in besonders krasser Form im nördlichen Schweden angewandt. Man vertreibt die ausgesperrten Arbeiter der Zellulosefabrik von Umanjö aus den Werkswohnungen. Diese Ermittlungen hatten bereits am 1. und 2. November begonnen. Dann erklärte der Direktor, er wolle bei den übrigen Arbeitern Gnade vor Recht ergehen lassen und erst milderes Wetter abwarten. Nun sind aber am 3. Dezember sechs Familien, und am nächsten Tage wiederum sechs Familien ermittelt worden, und zwar im Schneesturm des 10 Grad Kälte. Der human denkende Länsmann des Bezirks hat angeordnet, daß für die vielen kleinen Kinder der Vertriebenen ein Baum zur Verfügung gestellt wird, damit sie nicht erfrieren, und er hat auch einen Arzt nach dem Ort geschickt. Die meist armen Landleute der Umgegend nehmen sich der Vertriebenen an und gewähren ihnen soweit wie möglich Obdach.

Am Freitag voriger Woche hatte sich der Vergleichsbeamte des Bezirks, der Reichstagsabgeordnete Spornzelius, sowohl an die Arbeiter wie an die Zellulosegesellschaft gewandt, um Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Die Arbeiter stellten die Bedingung, daß die Ermittlungen erst einmal eingestellt werden, die Aktiengesellschaft damit kundgeben sollte, daß sie zum Friedensschluß geneigt wäre. Die Gesellschaft lehnte dies jedoch rundweg ab. Damit waren die Bemühungen des Vergleichsmannes gescheitert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Großfeuer auf den Hamburger Gaswerken.

Hamburg. (W. Z. N.) Die Ursache der furchterlichen Explosion, über die bereits unter „Vermischtes“ berichtet, soll dadurch entstanden sein, daß in dem neuen Gasometer plötzlich ein Riß entstanden ist. Das ausströmende Gas drang in das Retortenhaus ein, und in diesem Augenblick erfolgte die Katastrophe. Die Flamme setzte über etwa 25 in der Nähe des Gasometers beschäftigte Paulleute hinweg und verletzete sie zum Teil tödlich. Eine unterhalb des Gasometers belegene Kantine ist völlig zerstört, drei darin beschäftigte Frauen sind getötet worden. Gleich nach der ersten Explosion begann man, die Verletzten ins Krankenhaus zu schaffen. Inzwischen erfolgte durch Ueberpringen der Flamme die zweite Explosion. Die Flammen schnitten den flüchtenden Arbeitern den Landweg ab und ließen ihnen nur den Weg ins Wasser offen. Infolge der Vorkarbeiten ist die Umgehung der Gaswerke überflutet, der Verkehr ist behindert. Bei der zweiten Explosion wurden brennende Holzschelte weithin in die umliegenden Straßen geschleudert. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt, da man noch Tote unter den Trümmern glaubt. Die Zahl der Getöteten wird auf wenigstens 20 geschätzt. Das Feuer ist so weit gelöscht, daß man zurzeit an die Lösung im Innern der Gebäude gehen kann. Für den noch nicht vollendeten Umbau dieser Gaswerke hat die Bürgerschaft im vorigen Jahre 14 Millionen Mark bewilligt.

Drei Bergarbeiter getötet.

Silbdehlem, 7. Dezember 1909. Im Schacht der Kohlgewerkschaft „Hildeja“ wurde eine Fördermaschine nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht; dadurch ging ein Förderkorb über die Hängebahn hinaus und 3 Bergleute wurden getötet, einer schwer verwundet. Der Betrieb ist für einige Tage gestört.

Zum Bergarbeiterstreik in Australien.

Sydney, 7. Dezember. (W. Z. N.) Minister Lee erklärte, er werde die Grubeneisener auffordern, die Gruben wieder zu eröffnen und die Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Reichstag.

6. Sitzung, Dienstag, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibredt, v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen der freisinnigen Parteien und der sozialdemokratischen Partei über den

Werftbetrieb in Kiel.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vg.): Man ruft nach mehr kaufmännischem Geist in der Verwaltung; wir wöhlen uns aber in der Verwaltung vor dem Melchiorgeist hüten. (Sehr richtig! h. d. Antif.) Der Kieler Prozeß soll uns die Freude an unserer Flotte nicht trüben. Wir verlangen rückwärtslos Eingreifen gegen alle Schäden und gegen den Melchiorgeist. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Werner (Antif.): Die Freisprechung der Angeklagten in Kiel wird vielfach als Verurteilung der Werkverwaltung aufgefaßt, und nicht ganz mit Unrecht; eine Reihe von Schäden und Mißbräuden hat ja der Staatssekretär gestern selbst zugegeben. Das Submissionswesen ist, worauf gestern schon Herr v. Gamp hingewiesen hat, so gestaltet, daß ehrliche Firmen sich gar nicht an den Submissionen beteiligen können. Der Staatssekretär hat ganz Recht, wenn er gestern sagte: Hier muß mit eiserner Faust eingegriffen werden. Möge es ihm recht bald gelingen, Ordnung zu schaffen. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Dr. Struve (fr. Vg.):

Meinem Kollegen Leonhart, der gestern die Interpellation durchaus sachlich, sich freihaltend von jedem persönlichen Angriff, begründete, ist der Staatssekretär sehr stark entgegengetreten; in sehr merkwürdigem Gegensatz dazu stand die Rede, mit der er Herrn Erzberger erwiderte. (Sehr richtig! links.) Herr Kreth hielt es für passend, weil unter neun Angeklagten zwei mit jüdischen Namen sich befanden, einige antisemitische Bissigkeiten zum besten zu geben. Ich will mit Herrn Kreth über guten Geschmack nicht streiten. (Sehr richtig! links.) Herrn Leonharts Kritik lang aus in den Satz: „Die bürgerlichen Parteien sind ausnahmslos der Ansicht, daß für uns eine wachsende, den Großmachtsverhältnissen angepaßte Flotte notwendig ist.“ Da war die Erregung des Herrn v. Tirpitz doch ganz unangebracht! Herr Tirpitz wies auf die Tausende von Bestimmungen hin. Das Entschuldigende ist doch, ob danach verfahren wird. (Sehr richtig! links.) Wenn die Herren Legien und Erzberger anführen, daß Häßer mit Delfarbe ins Meer versenkt wurden, bloß um Schreibarbeit zu sparen, hätte Herr Tirpitz alle Verantwortung, sich zu sagen: Zum Donnerwetter noch mal! werden denn meine Bestimmungen so wenig beachtet? und der Sache näher zu treten. Statt dessen hat Herr Tirpitz ein Loblied auf die Sparjamkeit geungen und zum Beweis der Sparjamkeit gesagt, der Kuyeffekt bei der Marine habe sich außerordentlich gehoben! Aber seine Prozent- und Milliardezahlen sind ebenso schamlos zusammengeschmolzen wie das Zahlenelement des Staatsanwalts im Kieler Prozeß. Dieser Zusammenbruch der Anklagebehörde hätte die Zentralbehörde in Berlin doch etwas vorzichtiger machen müssen bei der Ausführung von Zahlen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) — Trotz der eisernen Faust ist es dem Staatssekretär nicht immer gelungen, auf Sparjamkeit zu halten. Ich erinnere an den Verkauf der Schulschiffe „Stoich“ und „Gneisenau“, kurz nachdem sie auf hoher See frisch angegriffen waren. Und diese Schiffe wurden dann zehn Tage später für 200 000 M. mehr von dem Käufer nach Belgien verkauft! (Hört! hört! links.) Ein mir als tadelloß gekanntes Schiff „Eber“ ist noch niemals in Dienst gestellt, weil es nicht brauchbar war! (Hört! hört! links.) Und wie steht es mit dem Umbau der alten „Marie“? (Weiterheit.) Sie hat 800 000 M. gekostet, ist aber im nächsten Jahre nicht in Dienst gestellt worden und

auf allerhöchsten Befehl aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen!

(Lebhaftes Hört! hört! links.) Ganz ähnlich liegt es mit vielen anderen Umbauten. Und wie steht es mit dem Trossendock in Kiel. 35—40 000 Mark sollten die Reparaturen kosten und in drei Monaten fertig sein. Jetzt sind 30 Monate darüber hingegangen und die Kosten betragen 1 1/2 Millionen Mark. (Hört! hört! links.)

Die „Bestimmungen“, auf die sich Herr Tirpitz bezieht, werden vielfach nicht einmal innegehalten. So soll bei der Heimfahrt von Uebungen mit der Geschwindigkeit gefahren werden, die für die Maidamen die rationellste ist. In der Tat aber wird mit höchster Dampfspannung gefahren und höchstens kommt dann nachträglich ein Montium: das entspricht nicht den Bestimmungen! Als Weiteres gilt ganz abgesehen von allen Bestimmungen und Normalien die Regel: Alles was fehlt, kann überetatmäßig trotzdem an Bord genommen werden. So entwickelt sich das Versorgungsproblem.

Nach ein Wort zu dem Prozeß: Unterschleife kommen überall vor, sowohl in Staatsbetrieben wie in Privatbetrieben. Unterschleife werden auch in Zukunft in Staatsbetrieben vorkommen. Schlimmer ist es aber schon, daß die Unterschleife eine solche Höhe erreicht haben wie in Kiel. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Am schlimmsten aber ist es, daß man sich zwar 1 1/2 Jahre die ersdenkliche Mühe gegeben hat, alles zusammenzustellen, daß es aber trotzdem nicht gelungen ist, festzustellen, wie hoch die Unterschleife gewesen sind! (Sehr wahr! links.) Ist es in Berlin nicht bekannt, daß der Erste Staatsanwalt erst einen Tag vor Eröffnung des Prozesses den Auftrag bekommen hat, den Prozeß zu führen? (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wie sollte er da das Material beherrschen, zumal da die Anklageschrift 222 Seiten lang war? Wer hat an der späteren Verurteilung ein Interesse? Oder sind daran auch wieder die unglücklichen „Bestimmungen“ schuld? Wie denkt man in Berlin über die Zustände im Kieler Gefängnis?

Was die Prozente an die Kriminalbeamten betrifft, so stelle ich fest, daß der durchaus glaubwürdige Kriminalkommissar, Reserveoffizier, Kronenorden 4. Klasse (Weiterheit) unter seinem Eide ausgefragt hat, das ihm 1 Proz. von der Summe versprochen ist, die nachher im Zivilprozeß der Werk zugestanden werde — von dem Reichsmarinemat oder einer anderen Behörde, die nach den Bestimmungen in Frage kommt! (Hört! hört! links.) Aber

Herr Tirpitz

hat das gestern bestritten! Präsl. Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie sagen fortwährend „Herr Tirpitz“. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden. (Weiterheit.) Doch möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es an sich Sitte ist, von dem Herrn Staatssekretär zu sprechen. (Zuruf rechts: Außerdem heißt er von Tirpitz!) Aber ich möchte Sie bitten, zwischen dem mal auch den Ausdruck „Staatssekretär“ zu brauchen. (Große Weiterheit.)

Abg. Dr. Struve (fr. Vg.) (fortfahrend): Vor einem Jahre hat der Staatssekretär gesagt, es sind Diebstähle vorgekommen und Millionen sind unterschlagen. Jetzt sagt er einfach: Die Unterschleife sind aus! Weiter sagt der Herr Staatssekretär: Die Werk war nur Zeuge und konnte nur sprechen, wenn sie gefragt wurde. Warum hat man denn nicht von vornherein den Sachverständigen der Werk erlaubt auszusagen? (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Vergesse man doch nicht, daß wir unsere Kritik eben im Interesse der Schlagfertigkeit der Marine! (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich habe nicht gesagt, es sind keine Unterschleife vorgekommen, sondern: sie scheiden aus, sie sind nicht nachgewiesen! Der Herr Abgeordnete bemängelte den Verkauf des Schiffes „Stoich“. Es ist im Submissionswege verkauft und hat den

höchsten Preis gebracht, den wir jemals bei einem alten Schiff erzielt haben. Jetzt stehe ich auch vor der Frage, ein altes Schiff zu verkaufen, den „Kaiseradler“. Die Offerten sind sämtlich unter dem Marktwert geblieben. Aber lautmännlich ist es doch wohl, wenn der Staatssekretär sagt: „Weg damit!“, denn es kostet uns 12—20 000 M. jährlich, das Schiff überhaupt verlaufsfähig zu halten.

Der Abgeordnete Strube sagte: Was nützt der ganze Etat, wenn alles überetatmäßig an Bord genommen werden kann! Aber jede überetatmäßige Anbahnung muß durch den Staatssekretär genehmigt werden. Weiter warf er mir vor, ich hätte dem Reichstage unrichtige Zahlen vorgeführt, die Zahlen des Herrn Strube aber sind ganz ungenau. (Hört! hört! rechts.) Er erzählte, das Schiff „Marie“ sei mit 800 000 M. repariert worden und dann nicht wieder in Dienst gestellt. Dabei ist die Absicht der Regierung ausgegeben und die 800 000 M. sind 1908 wieder abgelegt worden. (Große Weiterheit rechts.) Das ist die Genauigkeit der Zahlen des Herrn Abgeordneten Strube! (Weiterheit rechts.)

Abg. Severing (Soz.):

Die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs von Tirpitz (Weiterheit bei den Sozialdemokraten), daß die Unterschleife ganz ausbleiben, weil das Gericht die Angeklagten in Kiel freigesprochen habe, war nicht nur eine hilflose Ausflucht, sondern war auch formell unbegründet, denn meine Freunde gingen bei ihrer Anfrage von der Annahme aus, daß hier bei den Verhandlungen alle Prozesse, die in letzter Zeit über Unterschlagungen auf den Werften stattgefunden haben, besprochen werden sollen. Dem Herrn Staatssekretär wird es doch wohl bekannt sein, daß vor nicht langer Zeit ein anderer Prozeß stattgefunden hat, der mit verschiedenen Verurteilungen endete und wobei festgestellt worden ist, daß in der Tat Unterschlagungen auf Reichswerften vorgekommen sind. (Hört! hört! links.)

Ferner wehrte sich der Herr Staatssekretär dagegen, daß Mißstände auf allen Werften anzutreffen seien. Der Unterschied besteht aber nur darin, daß die Unterschlagungen und Mißstände in Danzig und Wilhelmshaven noch nicht entdeckt sind. Würde der Herr Staatssekretär den Herren Bannowski oder Brumme beauftragt haben, einmal in Danzig nach dem Rechten zu sehen und ihnen dann auch Prohibition in Aussicht stellen, ich bin überzeugt, die Herren würden auch da ein vollgerüttelt Maß von Schuld feststellen. — Der Herr Staatssekretär hat jedoch bemerkt, der Schaden bei dem Alieisenmaterial beziffere sich nur auf 10 bis 15 Prozent, das macht aber bei 300 000 M. in einem Jahre schon 30 000 M. und in 20 Jahren — so lange dauern ja die Unterschlagungen zurück — schon 600 000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner meinte der Herr Staatssekretär gestern, es sei immer besser geworden auf den Werften. Da darf man wohl mit Fug die Frage aufwerfen, wenn man diese Bemerkung als richtig unterstellt, wie es dann erst früher ausgefallen haben mag! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat dann die sogenannte „Stoffizierung“ des Herrn Alieisen Freidrich durch meinen Parteigenossen Legien mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß er amtlich den Wortlaut habe feststellen lassen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die „amtlichen“ Stellen, die den Prozeß ausgenommen haben, einfache Lohnschreiber auf der Werk waren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß später erst die für notwendig befundenen Korrekturen zu dem sogenannten amtlichen Stenogramm aufgenommen worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Der Staatssekretär hat weiter mitgeteilt, daß er, als ihm die ersten Verfehlungen bekannt geworden seien, mit eiserner Faust eingegriffen habe. Ich weiß nicht, was er für Voraussetzungen an die Mitteilung solcher Erhebungen knüpft. Wahrscheinlich nimmt er erst dann davon Kenntnis, wenn sie amtlich an ihn gelangt, also nach Schema P. Mit dieser Bemerkung hat er nur bewiesen, daß er

der aller schlimmste Bureaucrat

in seinem Ressort ist. Vor mehreren Jahren haben Arbeiterorganisationen außerhalb des Betriebes der Reichswerft den Herrn Staatssekretär schon auf die Unterschleife aufmerksam gemacht, und er hat darauf erklärt, er nähme solche Beschwerden nicht zur Kenntnis! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und trotzdem sowohl früher wie gestern mein Parteifreund Legien diese Beschwerden der Arbeiterorganisationen zu den seinigen gemacht hat, ist der Herr Staatssekretär auf sie nicht eingegangen! Ja stelle noch einmal ausdrücklich fest, daß Legien bei diesen Beschwerden gestern nicht als Vertreter irgend einer Arbeiterorganisation, sondern als Vertreter der Stadt Kiel, als Reichstagsabgeordneter sich an den Herrn Staatssekretär gewandt hat. Mit welcher Nonchalance der Herr Staatssekretär derartige Beschwerden behandelt, darüber gibt das Schicksal all dieser Lokalfürsten, die ihm die Arbeiterorganisationen übergeben haben, Beweis. Am 30. März 1905 äußerte sich der Herr Staatssekretär gegenüber einer solchen Beschwerde: „Die Denkschrift geht uns gar nichts an, oder höchstens insoweit, als Einzelheiten davon von Herren des Hauses aufgenommen und vertreten werden. Ich für meine Person sehe keine Veranlassung, auf die Denkschrift im mindesten einzugehen.“ Der Herr Staatssekretär sprach dann davon, daß immer nur von „man munkelt“, „man sagt“, „einem Gerücht zufolge“ in der Denkschrift die Rede sei. Diese hochfahrende und bräutliche Art des Herrn Staatssekretärs hat nun durch die Aussagen im Kieler Prozeß eine mehr als eigentümliche Beleuchtung erfahren. Die Unregelmäßigkeiten datieren schon aus den Vier Jahren, und der Herr Staatssekretär hätte, wenn er wirklich mit eiserner Faust hätte eingreifen wollen, schon diese Mitteilungen demgen müssen, um einmal auf allen Werften nach dem Rechten zu sehen. Es war aber auch

eine Irreführung der öffentlichen Meinung.

wenn der Herr Staatssekretär behauptete, die Denkschrift hätte keine positiven Angaben, sondern nur allgemeine Bemerkungen enthalten. In der Denkschrift sind in der Tat klipp und klar Behauptungen aufgestellt so deutlich, daß die Marineverwaltung sehr wohl in der Lage gewesen wäre, die Einzelheiten nachzuprüfen. Der Kieler Prozeß ist die glänzendste Rechtfertigung dieser Angaben gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär meinte damals, daß man jenen Mitteilungen der Arbeiterorganisationen deshalb nicht nachgeben könne, weil „man“ ein förmliches Spionagesystem eingerichtet habe zu dem Zweck, um Aufschlüsse in die Geheimnisse der Werk einzuschleichen, und er charakterisierte solche Leute als Vögel, die ihr eigenes Nest beschnitzten. Auch diese Bemerkung war sehr deplaziert. Der Herr Staatssekretär brauchte ja auch einen fremden Vogel, der das Nest der Kieler Werk beschnitzte: er brauchte ja auch Bannowski und Brumme! Was ist nun damals in der Denkschrift mitgeteilt worden? Wenn ich einige ihrer Angaben wiederhole, so einmal, um mitzuteilen, daß meine politischen Freunde und die Arbeiterorganisationen schon 1905 gewichtige Anklagen gegen die Marineverwaltung vorzubringen hatten, die sich zum Teil deden mit den Ausführungen des Kollegen Strube, dann aber auch, um zu beweisen, daß der Herr Staatssekretär damals eine Irreführung der öffentlichen Meinung beabsichtigte, als er von „zusammengetrogenem Klatsch“ sprach. Es hieß in der Denkschrift:

„Wenn auch überall, wo Menschen arbeiten, Fehler gemacht werden, dürfen sie doch eine gewisse Grenze nicht überschreiten, namentlich bei einem derartig zahlreichen Aufsichtspersonal, wie es in den kaiserlichen Betrieben vorhanden ist. Jedenfalls geht es in Danzig, Roslauß oder anderem wertvollen Material hergestellt, zum größten Teil schon fertig gearbeiteter Gegenstände als Abfall an die Althändler wandern. Gegenstände, deren Gesamtwert sich auf viele Tausende von Mark beziffert.“ Weiter wird angeführt:

„Auf dem groben Kreuzer „Moon“ wurden 12 Heizraum-Speisepumpen vollständig eingebaut, obgleich man vorher auf „König Adalbert“ die Erfahrung gemacht hatte, daß diese Sorte Pumpen keine genügende Leistungsfähigkeit hatten. Die Folge war, daß man sie auf dem Kreuzer „Moon“ wieder herausschleifen mußte. Der Kreuzer „Augusta“ erhielt einen neuen Doppelboden. Nachdem im mittleren Heizraum die Platten gelegt und vollständig genietet waren, kam der Befehl, daß unter dem Boden Rastul-Tank angebracht werden sollten. Um dieses auszuführen, mußten etwa 40 Platten wieder herausschleifen und sodann neue Zwischenwände eingebaut werden. Ferner mußten die zwischen den Böden bereits fertig angebrachten Hauptrohrleitungen eine umfangreiche Aenderung erfahren. Daß diese Arbeiten keine geringen Kosten erforderlich machten, dürfte ersichtlich sein.“

Daß der Staatssekretär nicht gewillt ist, mit eiserner Faust einzugreifen, zeigt folgender Vorgang: In einer Kieler Zeitung stand vor einem Jahre, daß der Kommandant des „Korvetten“ mehrere Wochen lang einen Schiffszimmermann hinter verschlossenen Türen beschäftigt hat, um ein Privatboot herzustellen oder zu reparieren, und zwar sei das Material aus den Werkbeständen genommen. Es wurde eine Untersuchung gefordert. In der Presse ist keine Verurteilung erfolgt, und der Redakteur der Zeitung ist ebenso wenig angeklagt wie derjenige, der das Material in der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes zusammengestellt hat! Es ist im Reichsmarinemat wohl erwogen worden, ob man Anklage erheben soll, aber aus begreiflichen Gründen hat man davon Abstand genommen. Sonst wären die Mißstände der Werk schon im Jahre 1905 aufgedeckt worden. Eine Verwaltung, die auf Reinlichkeit hält, sollte jeden Fingerzeig benutzen, wenn auf Schmutz hingewiesen wird. Die Marineverwaltung tut das aber nicht. In anderen Fällen freilich gibt der Staatssekretär sehr viel auf Zeitungen, und er war gestern bemüht, Vorfälle anzuführen, die der Reichsmarineverwaltung hohes Lob spenden. Er kann uns aber nicht zumuten, solche ausländischen Vorfälle ernst zu nehmen. Wir wissen ja nicht, ob sie nicht vielleicht von einem Geheimrat des Reichsmarinemats herrühren. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich werde bei der zweiten Lesung des Marinematats weitere Fälle anführen, die beweisen, daß Herr Strube durchaus recht hatte, wenn er behauptete, daß Mißstände auf den Werften vorhanden sind, und auch Herr Erzberger hatte recht, wenn er anführte, daß Munition und Proviant einfach aus den Schiffen verschwindet, weil für den Schiffsführer sonst die Gefahr besteht, daß er verantwortlich gemacht wird, wenn er noch Material hat!

Herr Semler hat die Frage aufgeworfen, ob die Angelegenheit, mit der wir uns beschäftigen, eine Personalfrage oder eine Organisationsfrage ist. Ich meine, sie ist beides. Sie ist eine Personalfrage insofern, als die Qualifikation der Beamten nicht so zweifellos ist wie einzelne Redner meinen. Ich stimme mit den Herren überein, daß wir

viel zu viel Beamtenpersonal auf den Werften

haben. Schon bei der zweiten Lesung des Etat habe ich darauf hingewiesen. Wir haben in Kiel bei 7700 Arbeitern 94 Offiziere und 963 Beamte. In Wilhelmshaven bei 7100 Arbeitern 82 Offiziere und 994 Beamte; in Danzig bei 3000 Arbeitern 17 Offiziere und 400 Beamte. Im Durchschnitt kommt

auf 7,4 Arbeiter schon ein Beamter!

Auf den englischen Werften dagegen erst auf 11 Arbeiter, auf den Howaldtwerften erst auf 12, auf der Germaniawerkst auf 13, auf der Werk in Flensburg auf 17 Arbeiter. Herr Erzberger hat gestern versucht, meine Freunde mitverantwortlich zu machen für das hohe Personal, weil wir die Forderung auf Einführung von Gewerbeträgen auf der Werk und auf die Einführung von Lohnlisten stellen. Allerdings haben wir ein großes Interesse daran, daß die sozialpolitischen Aufgaben der Werk nicht zurückbleiben, und weil die Werk der Gewerbeordnung nicht untersteht, ist die Anstellung von Gewerbeträgen notwendig. Aber zur Forderung der Lohnliste sind besonders Beamte nicht nötig. Im Gegenteil würde sogar, wenn die Lohnmethode so wie wir sie verlangen, eingeführt würde, eine Verminderung der Beamten möglich sein.

Zur Verteidigung des Oberwerksdirektors hat der Staatssekretär gestern einige Angaben gemacht, die mir noch mehr als eine Diskreditierung erscheinen. Vom Verkauf des ominösen Wafes z. B. meinte er, daß er nicht auseinander genommen werden konnte! Damit stellte er dem Oberwerksdirektor das Zeugnis der vollständigen Unfähigkeit aus. Jeder simple Schlossergeselle hätte die Aufgabe besser lösen können. Warum sind denn nicht das autogene Schweißverfahren und andere technische Verbesserungen schon früher auf der Werk eingeführt worden? Zweifellos, weil der oberste Leiter nicht ein Techniker ist, sondern ein Offizier, der

von den technischen Fortschritten keine Ahnung

hat. — Es ist in dem Prozeße auch festgestellt worden, daß beschmutzte weiße Leinwand für 30 Pf. verkauft und, nachdem sie gereinigt war, für 2,85 M. zurückgekauft ist! Was es denn keine Seife auf der Werk? (Weiterheit.) Wenn man die Leinwand selbst gereinigt hätte, würden die Aufkosten sich vielleicht auf 10 Pf. belaufen haben!

Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß ein moderner Großbetrieb wie der Schiffbau Ingenieure zu seiner Leitung braucht. Das militärische System, das alle verantwortlichen Posten mit Offizieren besetzt, ist durch den Prozeß gerichtet. (Lebhaftes Zustimmung links.) Neben der Unfähigkeit ist auch die Unzuverlässigkeit sehr vieler Werkbeamten die Ursache der Unterschlagungen. Frachtbriefe und Stempel befanden sich in der Verwahrung eines einfachen Lohnschreibers, von dem der Verteidiger feststellte, daß dieser auf den Werften allmächtige Mann mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestraft war! (Hört! hört!) In der „Vossischen Zeitung“ hat ein Fachkennner nachgewiesen, daß die Werkverwaltung sehr wohl über einen Stamm intelligenter Arbeiter verfügt. Man sollte nun meinen, daß solche intelligenten Arbeiter auch in höhere Stellen aufrücken können. Die Bestimmungen stehen dem nicht im Wege, aber nicht die Intelligenz ist entscheidend für die Beförderung, sondern der Umstand, ob der Mann sich den Vorgesetzten willfährig erweist. Leute, die schon längere Freiheitsstrafen erlitten, werden ruhig als Beamte eingestellt, Arbeiter aber werden nach der Einstellung wieder entlassen, wenn eine frühere Bestrafung bekannt wird. So ist ein Arbeiter entlassen worden, weil er einmal in der Jugend Tausendtaten gestohlen hatte und deshalb mit einem Tag Gefängnis bestraft war! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

die Wüßlingswirtschaft bei den Werften

hat gestern schon Legien hingewiesen. Der nationale Arbeiterverein steht damit im engen Zusammenhang und ebenso mit den Unterschlagungen. Der Vorsitzende dieses sogenannten „Arbeitervereins“ tut alles, um für seine Leute Lohnzulagen zu bekommen, auch wenn es sich um Leute handelt, die das Eigentum der Werk für ihr eigenes halten, um Leute, die wegen Vergehens gegen das Werkseigentum schon vorbestraft sind! In vielen Fällen gelingt es ihnen trotzdem Lohnzulagen zu verschaffen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die

systematische Züchtung dieser Defraudanten

wird besonders von dem Gewerbetrat Ring betrieben, der mit dem Nationalverein in innigstem Konnex steht. Der Schriftführer des nationalen Arbeitervereins geht bei den Herren ein und aus und ist derartig allmächtig, daß Obermeister und Meister von ihm die Erlaubnis holen müssen, wenn sie einmal einen tüchtigen Arbeiter einstellen wollen, der dem Verein nicht angehört. Das ist Terrorismus! (Lebhaftes

Zustimmung bei den Sozialdemokraten), den Sie uns immer zum Vorbild machen. Der Schriftleiter einer gewissen Zeitung, ein Mann, von dem feststand, daß er sich eine Rente erkundigen wollte, wurde zum Bureaugehilfen bei der Werft ernannt. Wenn diesen notorischen Spitzhaken, diesen notorischen Defraudanten so das Müßiggang gestärkt wird, dann wollen Sie sich darüber wundern, daß die anderen Spitzhaken Mut bekommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Spitzhaken der Werften können nicht einmal sagen, daß ihnen diese Qualifikationen der betreffenden Beamten unbekannt geblieben sind. Mein Kollege Jubel hat schon im Jahre 1901/02 die Zustände auf der Danziger Werft geschildert. Auch ich bin genötigt, den Korvettenkapitän Simon von der Danziger Werft näher zu kennzeichnen. In Danzig ist mit dem Verkauf von Kohlen an die Arbeiter ein gewisser Veder beauftragt, von dem die Arbeiter wußten, daß er vor seiner Einstellung wegen Unterschlagung mit sechs Monaten Gefängnis bestraft war. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Arbeiterauschuss wendete sich an den Korvettenkapitän Simon mit dem Ersuchen, doch einmal die Bücher des Veder untersuchen zu lassen. Herr Simon lehnte das ab. Der Arbeiterauschuss beschwerte sich darüber bei der Oberwerftdirektion, und diese gab der Beschwerde statt. Als die Bücher untersucht werden sollten, waren sie verschwunden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Veder wurde nun vor Gericht gestellt und sollte sich wegen Unterschlagung von Kohlegeldern und Verleumdung von Vätern verantworten. Da die Bücher fort waren, ließ sich die Unterschlagung nicht nachweisen, und er konnte deshalb nicht verurteilt werden! Wegen der Verleumdung der Vätern wurde er mit sechs Monaten bestraft. Herr Simon hätte nun eigentlich dem Arbeiterauschuss für die Anzeige dankbar sein sollen. Statt dessen hat er sich nun sehr eifrig nach dem Leibelaster erkundigt, der die Anzeige veranlaßt hat, und hätte er dessen Namen erfahren, so wäre der Mann zweifellos gemahregelt worden! (Rebhafte Soz. wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herrn Simon aber ist nichts geschehen. In diesem Jahre ist von dem Korvettenkapitän Simon etwas bekannt geworden, was, wenn es allgemein auf den Werften Brauch wäre, geradezu an

russische Zustände

erinnert. Ein Offizier im 125. Regiment mit Namen Wisoky hat ein Verhältnis mit einer Arbeiterin, aus dem ein uneheliches Kind stammt. Der Vater des Mädchens, der auf der Werft beschäftigt war, wandte sich an den Korvettenkapitän Simon um Rat: wie er den Offizier, der sich seiner Verpflichtung zur Alimentenzahlung entzog, verklagen könne. Herr Simon aber antwortete, daß er selbst Offizier sei und gegen einen Kameraden nicht vorgehen könne! (Rebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Später sagte er, er wolle dafür sorgen, daß das Kind in das Säuglingsheim der Betriebskrankenkasse der Werft komme! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies geschah auch, und die Betriebskrankenkasse hatte davon Kosten im Betrage von 135 R. Die Revisionskommission der Kasse beanstandete diese Summe und noch weitere 15 R., die von Simon statutenwidrig verwendet waren, und die Generalversammlung wollte die Entlassung der Jahresrechnung nur unter dem Vorbehalt bewilligen, daß der Korvettenkapitän Simon sich verpflichtete, den Nachweis für die Rückzahlung der 135 R. sowie der 15 R. zu führen. Herr Simon wehrte sich gegen die Protokollierung und meinte, seine Offiziersbede bürge dafür, daß die Summe zurückgezahlt werde. (Höhnisches Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das bestanden die Arbeiter auf der Protokollierung. Die Generalversammlung fand am 30. März statt und am 6. April erhielt derjenige, der diese russische Geschichte aufgedeckt und den Antrag gestellt hatte, die Rechnung nur unter Vorbehalt zu genehmigen, die

beschlagnahmte Kündigung!

(Rebhafte Hört! hört! und große Unruhe links.) Das ist der berühmte eiserne Felsen des Staatssekretärs! Es handelte sich um einen Mann, der schon zehn Jahre auf der Werft beschäftigt und noch niemals vorbestraft war. Seine direkten Vorgesetzten wußten nicht, weshalb er gekündigt war. Als er sich an den Oberwerftdirektor Schimmelmann wandte, wurden ihm aus der Auslage des Korvettenkapitän Simon die zwei Sätze vorgelesen: „Ich kann Sie nicht mehr gebrauchen“ und „Ihre Entlassung hat mit Ihrem Auftreten in der Krankenkasse nichts zu tun“. Und bei der Kündigung blieb es! Der Arbeiter wandte sich an den Staatssekretär. Aber noch heute wartet er auf eine Antwort.

(Große Unruhe links.) Der Herr Korvettenkapitän Simon sitzt noch in Amt und Würden, und wahrscheinlich wird Herr Geheimrat Harms Beurlaubung nehmen, den Herrn als einen sehr tüchtigen und zuverlässigen Beamten zu preisen. Und auch ich gestehe, daß es einer der tüchtigsten Beamten ist, der in das System Tirpitz hineinwacht! (Rebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Tirpitz sagte, wir hätten ein „Spionagesystem“ auf den Werften eingerichtet und allen möglichen Klatsch zusammengetragen.

das Spionagesystem auf unseren Werften

stammt von ganz anderen Leuten. Im Winter 1907 wurde eine Metallarbeiter-Versammlung in Danzig abgehalten, die Herrn Simon besonders schwer im Magen lag. Er wandte sich an den Polizeikommissar, der ihm sagen sollte — wer dort geredet habe. Und zugleich forderte er einen Arbeiter auf, er solle sich in den Metallarbeiter-Verein anschließen lassen, die Versammlungen besuchen und über die Vorgänge ihm Bericht erstatten. (Rufe links: Unerhör! Hört!) Das ist das Spionagesystem, das ist das System Tirpitz!

Wenn der Staatssekretär es ernst meint mit seiner Absicht, einen eiserne Felsen zu führen, so müßte er derartige Kreaturen aus der Werftverwaltung entfernen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als Mittel gegen die Unterschleife will er verstärkte Kontrollmaßnahmen einführen. Wegen die Arbeiter bestehen sie schon seit langem, da wird sorgsam kontrolliert, daß kein Werkzeug abhandelt. Aber ganze Wagenladungen können aus der Werft entführt werden, ohne daß ein Hahn danach kräht. Ein Obermaat, der vor einigen Jahren einen mehrere Zentner schweren Propeller mitgehen ließ und als es herauskam, bestraft wurde, ist jetzt auf der Torpedowerft in Friedrichshafen angestellt, und zwar in einer Kontrollfunktion! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Salzwig-Hofsteinsche „Vollzeitung“ erzählte, daß die Polizei in Kiel öfter Wagen anhielt, weil sie Verdacht hatte, daß sie mit Werftmaterial beladen seien. Die Werft wurde benachrichtigt und ein Beamter hingeschickt, der aber jedesmal erklärte: diese Stücke gehören nicht der Werft! Das erklärte er selbst dann, wenn die Güter sogar den Stempel der Werft trugen. (Heiterkeit links.) Es besteht ja die Institution: Es darf nicht gestohlen werden, und insoweit wird natürlich auch nicht gestohlen! (Große Heiterkeit links.) Daß Diebstähle nicht entdeckt werden, liegt eben auch im System Tirpitz, in welchem „gegen die Institution nicht verstoßen“ werden darf. Vieles würde anders sein, wenn mit dieser

Günstlingwirtschaft

einem gründlich gebrochen würde. Dann würden die Arbeiter gern bereit sein, der Werftverwaltung von Unregelmäßigkeiten Kenntnis zu geben, und sie würden die besten Hüter des Werfteigentums sein. (Rebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) Heute können sie an der Kontrolle nicht mitwirken, ihre Eingaben werden ignoriert und meiste Freunde werden vom Staatssekretär zurückgewiesen. Die Arbeiter selbst werden, wenn sie Unregelmäßigkeiten melden, gemahregelt. Interessant war auch eine Aussage im Kieler Prozeß: Ein Junge Luvenstein sagte, es seien einmal statt 50 Häher nur 31 geliefert, und als er es mitteilte, sei ihm die Entlassung angedroht worden, wenn er seine Nase in Dinge stecke, die ihn nichts angingen! (Hört! hört! bei den Soz.) Wenn die Arbeiter auf Unregelmäßigkeiten aufmerksam machen, werden sie entlassen. Den Arbeitern war es schon seit Jahren bekannt, daß Unterschleife vorkommen und Mischungen vorgenommen werden. Aber wenn wir etwas vordrängen, wurde es als Liebertreibung bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Als Mittel zur Beseitigung der Mißstände ist ferner eine Kommission gebildet worden, und diese hat eine bessere Vorbildung der Beamten vorgeschlagen, ferner die Einführung einer kaufmännischen Buchführung und eine wirksame Kontrolle. Die Werkschaft hat jedoch, allein mit feiner Beredsamkeit. Es sind alles unzulängliche Versuche mit unzulänglichen Mitteln am unzulänglichen Objekt. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Solange die Werftverwaltung nicht von Grund aus reformiert wird, kann es nicht anders werden. Was soll denn die bessere Vorbildung nützen, wenn bei der Einstellung und Beförderung nicht die Tüchtigkeit maßgebend ist, sondern Korruption? Was soll die kaufmännische Buchführung, wenn der Leiter der Werft nichts davon versteht, sondern ein Offizier ist? Was soll die Kontrolle, wenn es bei dem militärischen System der Instruktionen bleibt? Meine politischen Freunde sind auch der Ansicht, daß der Oberwerftdirektor kein Offizier sein darf, sondern kaufmännisches Verständnis haben muß. Meine politischen Freunde verlangen unter allen Umständen die Beseitigung der Günstlingwirtschaft. Wenn Sie die Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle zulassen, so werden Sie das nicht zu befehlen haben. In zahlreichen Privatbetrieben ist sie zum Nutzen des Betriebes durchgeführt. Vor allem muß mit dem militärischen und bürokratischen System gebrochen werden, wenn Zustände geschaffen werden sollen, die die Einbürgerung russischer Verhältnisse verhindern. (Rebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geb. Admiralitätsrat Harms:

Ich will den angegriffenen Offizier Simon verteidigen, obwohl diese Angelegenheit meiner Auffassung nach mit dem, was wir hier verhandeln, nichts zu tun hat. Die Kündigung des Arbeiters in Danzig ist erfolgt, weil von zuständiger Stelle festgestellt worden war, daß dieser Mann sozialdemokratischer Agitator war. (Große Unruhe und lebhaftes Jurale bei den Sozialdemokraten.) Als solcher wurde er aus von zuständiger Stelle beurlaubt, und deshalb wurde er gekündigt, nicht ohne weiteres entlassen. In einer Gerichtsverhandlung, die etwas später erfolgte, hat er selbst zugegeben, daß er als Sozialdemokrat tätig gewesen ist. Dadurch wurde also auch an Gerichtsstelle erwiesen, daß seine Entlassung aus der Arbeitsstelle gerechtfertigt war. (Rebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

In dem anderen Falle kam ein Arbeiter zu Kapitän Simon und bat ihn, dafür zu sorgen, daß sein uneheliches Kind in ein Säuglingsheim aufgenommen würde, weil es sonst voraussichtlich sein Augenlicht verlieren würde. Auf Grund dieser Lausche hat Kapitän Simon allerdings irrtümlicherweise mit dem Manne vereinbart, daß er ein Darlehen aus der Betriebskrankenkasse bekomme. Er hätte den Wohlhabendensfonds nehmen müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Später wurde dann festgestellt, daß das Darlehen aus der Betriebskrankenkasse irrtümlich geleistet worden ist, und es wurde angeordnet, daß Ertrag der Ausgabe statthände. Zufällig fand die Generalversammlung der Kasse einen Tag früher statt, als dieser Fondsausgleich erfolgt war. Weiter ist an dieser Sache nichts dran. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Gerade genug!) Wenn man dem Kapitän Simon einen Vorwurf machen könnte, so nur den, daß er sich aus seiner Drogenhaft heraus (Wachen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Ausgezogen!) verleitete, sich zu weit zu geben.

Hg. Leonhart (fr. Sp.): Der Herr Staatssekretär hat mich gestern in einer Weise abgefanzelt, als wenn ich auch altes Eisen von der Werft gestohlen hätte. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Auf die Frage mehrerer Redner, warum den Sachverständigen der Kaiserl. Werft vom Reichsmarineminister das Auslagerrecht verweigert worden ist, hat der Herr Staatssekretär überhaupt nicht geantwortet. (Hört! hört! links.) Uebrigens wäre es sehr wünschenswert, wenn hier nicht nur immer Offiziere, sondern auch einmal ein Techniker des Reichsmarineministerium Auskunft erteilen würde. Ein solcher könnte speziell auf all das, was Herr Severing vorgebracht hat, viel besser und gründlicher eingehen, als man das lediglich aus den Äußen konnte. Gewundert habe ich mich, daß der Herr Staatssekretär den Kapitän Verlus, der übrigens durchaus kein Freisinniger ist, sondern immer in den Blättern der Rechten schreibt, als „einen Herrn Verlus“ abzutun suchte. Ich glaube, das wird ihm nicht viel nützen; Herr Kapitän Verlus wird jedenfalls auch weiter seine sachverständigen Artikel aus Anlaß dieser Debatten veröffentlichen.

Der Herr Staatssekretär hat sich dann beklagt über den geringen Erlös beim Verkauf alter Schiffe. Er möge sich erkundigen, wie es die Hamburg—Amerika-Linie oder der Norddeutsche Lloyd machen, die sicher ganz andere Preise erzielen. Wenn die Schuld an der Bestimmung liegt, daß solche Verkäufe nur im Inland erfolgen dürfen, so habe man eine solche Bestimmung auf, da die Zwischenhändler ja doch gleich nach dem Ausland verkaufen. Die Entlassung eines Arbeiters nur aus dem Grunde, weil er Sozialdemokrat ist, wird von meinen politischen Freunden aufs schärfste gemißbilligt. Ohne Sozialdemokraten können die Herren vom Reichsmarineminister heute überhaupt keine Kriegsschiffe mehr bauen. Es wäre besser, man beschränkte die Arbeiter nicht in ihrer politischen Freiheit, sondern man sorge dafür, daß all diese Unregelmäßigkeiten aufhören, die die Arbeiter zur Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Verwaltungssystem erzelen. (Bravo! links.)

Staatssekretär von Tirpitz:

Was für eine politische Stimmung die Arbeiter haben, das hat uns nie berührt und wir haben nie etwas dagegen getan. Was wir nicht dulden ist: daß Arbeiter als Agitatoren wirken, weil das Unzufriedenheit in unseren Betrieben erzeugt.

Dann ist gefragt, weshalb wir zwei Beamte in Kiel nicht als Sachverständige zugelassen haben. Das ist geschehen, weil diese beiden Herren nicht diejenigen waren, in deren Betrieb Unterschleife gemeldet sein sollten und weil wir von vornherein annehmen, daß der Staatsanwalt diese beiden Personen als Sachverständige nicht akzeptieren würde, was nachher auch von der Staatsanwaltschaft ausdrücklich ausgesprochen ist. Im übrigen ist diesen beiden Beamten nicht der leiseste Zwang auferlegt worden auszulagen, was sie wollten, nur als Sachverständigen haben wir ihnen die Zustimmung verweigert. — Wenn ich von einem „Herrn Verlus“ gesprochen haben sollte, so forgiere ich das und sage: Kapitän zur See — außer Diensten — Verlus. Der Herr Präsident hat vorhin den Ausdruck „Herr Tirpitz“ moniert. Ich hatte ihn gebeten, das nicht zu tun, mir war das ganz gleichgültig.

In der Frage, ob wir alte Schiffe nicht an das Ausland verkaufen könnten und dabei vielleicht etwas mehr Geld machen, hat das Reichsmarineministerium nicht allein zu entscheiden, das ist stets auch als eine politische Frage angesprochen worden. Es könnten doch aus solchen Verkäufen von Kriegsschiffen an das Ausland Folgerungen gezogen werden, die uns unangenehm wären.

Hg. Erzberger (R.): Der Vorwurf, die bürgerlichen Parteien hätten gegenüber den von den Sozialdemokraten vorgebrachten Mißständen geschwiegen, war nicht berechtigt. Material über Unterschlagungen auf den Werften ist uns von sozialdemokratischer Seite bisher noch nicht vorgelegt worden. (Jurale bei den Sozialdemokraten: Materialverschwendung!) Das ist nicht daselbe.

Nach Admiralitätsrat Harms ist der Mann entlassen, weil er „von zuständiger Stelle als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet“ worden ist. Wer ist diese „zuständige“ Stelle? Der Betreffende hat sich also nicht bemerkbar gemacht als Agitator, sondern ist als solcher bezeichnet worden! Darüber werden wir wohl alle einig sein, daß parteipolitische Bestrebungen innerhalb der Arbeitszeit in Reichsbetrieben nicht geduldet werden können. Auf eine Reihe von Beschwerden ist der Herr Staatssekretär nicht eingegangen, z. B. auf meine Behauptung, daß sehr häufig Material über Bord geworfen wird!

Staatssekretär v. Tirpitz: Daß ich nicht ausführlich geantwortet habe, kann Herr Erzberger nicht behaupten. Auf alle Fragen konnte ich freilich nicht eingehen. Daß Material mal über Bord geworfen wird, mag vorkommen; als einen Usus kann ich es mir aber nicht vorstellen.

Wiederholen will ich noch einmal, daß wir uns grundsätzlich um die politische Bestimmung unserer Arbeiter nicht kümmern. Aber in der Arbeitsordnung aller Staatswerften steht der Postus, daß die Arbeiter nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen

sein dürfen, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen Behörden und Arbeitern, oder Arbeitern untereinander stören würden. Danach werden wir auch in Zukunft verfahren. (Bravo! rechts.)

In der Frage der Konzentration der Beschaffung des Materials bin ich nach wie vor anderer Meinung als Herr Strube; hier siehe ich mehr auf dem Standpunkte des Herrn Erzberger.

weil oder obgleich

er der Zentrumspartei angehört. (Große Heiterkeit. Jurale links.) Obgleich oder weil, das zu entscheiden überlasse ich Ihnen!

Hg. Legien (Soz.):

Die Frage, obgleich oder weil, ist leicht zu beantworten. Im vorigen Jahre hätte der Herr Staatssekretär sagen müssen „obwohl“, in diesem Jahre, wie er richtig gesagt hat: „weil“. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.)

Herr Erzberger beschwerte sich darüber, daß von uns parteipolitische Fragen in die Debatte gezogen werden. In der Tat aber hat er zuerst uns gegenüber solche Vorwürfe erhoben, indem er meinte, wir seien schuld daran, daß sozial Beamte auf den Werften beschäftigt sind. Solange ich aber die Zustände auf den Werften hier zur Sprache gebracht habe, seit 1894, habe ich immer auf den Krebsknoten des großen Beamtenbezugs hingewiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner sagt Herr Erzberger, es sei noch nie von uns behauptet worden, daß auf einer Werft Unterschlagungen stattgefunden haben. Davon hat aber Severing nicht gesprochen, sondern er hat gesagt: die bürgerlichen Parteien haben meine Parteifreunde, die hier über Mißstände auf den Werften gesprochen haben, nicht unterstützt und haben dadurch mitgewirkt, daß es zu diesen Mißständen kommen konnte.

Was ich gestern gesagt habe, ist ja nun wirklich eingetroffen. Hoffen wir die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zusammen, so sagte er: Es ist alles im Lot.

nur „Schönheitsfehler“

haben sich gezeigt, Anmerkungen, das ist alles. Nach ihm waren eigentlich nicht die Marine oder die Werftverwaltung die Angeklagten, sondern die Interpellanten, welche Vorwürfe gegen die Marine vorgebracht haben. Der Herr Staatssekretär hat uns große Dinge erzählt von der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Marine, hat aber dazwischen hinzugefügt, daß in weit höherem Maße auch die Ausgaben für die Marine gestiegen sind. Er behauptete, es sei nicht zutreffend, daß mit Bauquantitäten gerechnet würde und daß daraus resultiere, daß einzelne Beamten auf den Werften sich persönliche Vorteile verschaffen könnten. Severing habe ihm zwei solche Fälle vorgeführt, ich möchte aber noch eine ganze Reihe hinzufügen. Und was

die Bauquantitäten

anbetrifft, so ist z. B. der Titel 1 im Kapitel 10 „Einnahmen aus dem Verkauf von Schiffen, Munition usw.“ von 1900 an neun Jahre hindurch immer gleich groß gewesen mit 220 000 R. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht ein Arbeiten mit Bauquantitäten? Ist es denn denkbar, daß seit neun Jahren stets dieselben Summen aus Verkauf von Schiffen usw. eingenommen wurden? Das können Sie einem anderen erzählen. (Sehr gut! links.) Im zehnten Jahre hat dann die Budgetkommission diesen Titel auf einmal um 720 R. erhöhen müssen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind denn in den anderen Jahren diese Verbesserungen geblieben? Wollen Sie uns erzählen, daß das eine geordnete Verwaltung ist, die 10 Jahre hintereinander immer dieselben Summen einstellt bei einer Einnahme, die bei der ungeheuren Entwicklung des Betriebes natürlich wachsen muß? Das ist der Krebsknoten bei der ganzen Sache, und ich wiederhole, daß es dringend notwendig sein wird, hier eine

eingehende Untersuchung durch eine parlamentarische Untersuchungskommission

vorgzunehmen. — Dann meinte Herr Geb. Admiralitätsrat Harms, daß die Ausführungen Severings über die Vorcommission auf der Danziger Werft wenig mit der Frage, die uns beschäftigt, zu tun hätten. In unserer Interpellation aber steht, daß durch die Verhandlungen in Kiel Mißstände auf den Werften festgestellt werden, und was Severing vorgebracht hat, ist eben einer jener Mißstände, die dazu geführt haben, daß diese Unterschlagungen überhaupt Play greifen konnten.

Der Staatssekretär hat erklärt: sozialdemokratische Agitatoren werden auf Werften nicht beschäftigt. Nun, der Arbeiter in Danzig ist zehn Jahre ununterbrochen auf der Werft beschäftigt gewesen. Seine Vorgesetzten stellen ihm das beste Zeugnis aus, von sozialdemokratischer Agitation seinerseits scheint demnach nichts bekannt zu sein. Oder ist die Verwaltung der Werft so lieblich, daß sie zehn Jahre lang davon nichts gemerkt hat? (Heiterkeit.) Jetzt hat er sich beim Kapitän Simon mitleidig gemacht, und da wird er auf einmal als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet! Ich wiederhole die Frage des Herrn Erzberger, auf die der Staatssekretär die Antwort schuldig geblieben ist: Wer ist die „zuständige Stelle“, die den Mann als Sozialdemokraten bezeichnet hat? Ich behaupte: es war der Korvettenkapitän Simon! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie alle die Leute, die Beschwerden über Mißstände vorbringen, nach dem erwähnten Postus der Arbeitsordnung aus den Betrieben herausdrängen, dann wundern Sie sich nicht darüber, wenn Sie nur noch Spitzhaken behalten! (Sehr gut! bei den Soz.) Daß dieser Postus Ihnen nichts nützt, wissen Sie, denn die Mitglieder der Werftarbeiter in Kiel und Wilhelmshaven sind Sozialdemokraten, und diese Leute leben es als ihr Staatsbürgerrecht an, in sozialdemokratischen Organisationen ihrer Parteipolitik zu genießen. Also: Uns schadet der Postus nichts, aber wenn Sie noch ihm verfahren, werden Sie schon sehen, welche Sorte von Arbeitern Sie auf den Werften erhalten. Wenn solch Spitzhaken auf den Werften vorhanden sind, so ist das die Folge Ihres Systems: daß jeder Arbeiter, der die Finger auf die Wunde legt, als Sozialdemokrat denunziert und hinausgeworfen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In allen Staatsbetrieben ist dieser Postus übrigens nicht vorhanden, zum Beispiel nicht in Württemberg. Er besteht eben

nur in Preußen

und ist genau so hoch einzuschätzen, wie die ganze Verwaltung in Preußen. (Lachen rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weglich meiner Eingaben hat der Staatssekretär erklärt, er lehne ein Eingehen auf Zulieferer der Organisationen des Herrn Hg. Legien ab. Er scheint aber die Dinge außerhalb der Werften recht wenig informiert zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer ist denn die Organisation des Hg. Legien? Meint er den Metallarbeiterverband? Dem gehöre ich nicht an, sondern den Holzarbeitern. Meint er die gesamten Gewerkschaften mit der Generalkommission an der Spitze, deren Vorsitzender ich bin? Auch das sind nicht „meine Organisationen“. Aber die rund zwei Millionen Arbeiter, die wir in den Gewerkschaften organisiert haben, sind die größten Steuerzahler in Deutschland, sie bringen infolge der indirekten Steuern den größten Teil der Mittel für den Bau von Kriegsschiffen auf, und sie haben ein Recht zu verlangen, daß diese Schatzkammer in den Marinebetrieben befreit wird, daß ihre Steuergrößen nicht in dieser schlauphüchrischen Weise verpulvert werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kieler Werftarbeiter sind Steuerzahler, Herr Staatssekretär, die die Mittel mit aufbringen, damit das Reichsmarineministerium arbeiten kann. Und es ist sehr verkehrt von Ihnen, Herr Staatssekretär, gegenüber diesen Leuten hier zu erklären: Ihr habt überhaupt nicht mitzureden! Die Arbeiterklasse ist es, die vor allem die Mittel aufbringt — auch das Gehalt des Herrn Staatssekretärs! (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist meine Behauptung falsch. Nicht im Auftrage einer Organisation, sondern in meiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel habe ich Ihnen die Beschwerden unterbreitet, indem ich festgestellt, daß wenn dieses System auf der Kieler Werft beibehalten wird, die Qualität der Arbeiterklasse herabgemindert und dadurch die Kosten erhöht werden. Herr Staatssekretär, Sie haben die Ver-

pflichtung, wenn nicht einem einzelnen Abgeordneten, so doch dem Reichstag gegenüber Antwort zu geben, ob Sie Ihre Hand dazu bieten wollen, das System auf der Kieker Arbeit die Qualität der Kieker Arbeiter verschlechtert wird! Es wird meiner Ueberzeugung nach die Zeit kommen, wo man auf die Wünsche und den Willen der Arbeiterkraft mehr Gewicht legen wird als heute. Sie werden vielleicht nicht mehr im Auge sein, es geht Ihnen schließlich so wie den Werftarbeitern: Waffen Sie Ihrem Arbeitgeber nicht mehr, so werden Sie entlassen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strauß (fr. Vg.): Die Mitteilung über den Verkauf des Schiffes "Marie" war mir kurz vor der Sitzung durch einen Brief von einem höheren Beamten aus der Zentrale des Herrn Staatssekretärs zugegangen. Ich mußte also annehmen, daß die Sache sich so verhält. Die Bemerkung, die der Herr Staatssekretär an diese Sache knüpfte: das sei charakteristisch für die Art meines Vorgehens, war ganz unangebracht, denn ich habe nichts Unwahres gesagt.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig geblieben ist.

Damit schließt die Beantwortung.

Das Handelsprotokoll mit dem Britischen Reich wird darauf in dritter Lesung debattiert angenommen, ebenso die Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes.

Verschiebung der Einführung einer Wittwen- und Waisenversicherung

gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Handelsvertrages mit Portugal.

Abg. Wellenborn (Z.) bleibt auf der Tribüne vollkommen unverständlich.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Die Wünsche der Industrie sind bei diesem Handelsvertrag in keiner Weise erfüllt worden. Der blühende Aufschwung, den der Vertrag enthält, ist wörtlich aus dem portugiesischen Zolltarif abgeschrieben. Aber das entschuldigt unsere Diplomaten nicht, wohl aber bewirkt es, daß bei den vielen Streitigkeiten, zu denen der Vertrag führen muß, das Schiedsgericht auf den Text des portugiesischen Zolltarifs zurückgreifen wird, und da wird dann für die Uebersetzung als einzige Sachverständige die Schreibmaschine fungieren müssen, welche die Uebersetzung verfertigt hat. Uebrigens würden solche Klappergeschichten, wenn sie den ganzen Vertrag zu schließen gehabt hätten, es auch nicht schlechter gemacht haben als unsere Diplomaten. (Rufe rechts: Auf!) An zu rufen haben wir bei diesem Vertrag alle Veranlassung. Aber man darf die Schuld an dem Vertrag nicht unseren Unterhändlern allein anrechnen. Die Hauptschuld liegt an unserem Zolltarif, an unserer verkehrten Wirtschaftspolitik. (Lebhafter Zustimmung links.) Soeben sehe ich Herrn Abg. Dr. Hahn in den Galerien, und er hat sich auch schon zum Wort gemeldet. (Große Heiterkeit links.) Regelmäßig, wenn Herr Hahn vor mir auf der Rednerliste steht, ist er beim Aufruf nicht da, oder er läßt sich streichen, um nach mir zu sprechen. (Lustig rechts: Weisheitsheit!) Diese "Weisheitsheit" zeigt eigentlich einen großen Mangel an Mut, er will vermeiden, daß ich nach ihm zu Worte komme und ihn widerlege. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Am vorigen Sonnabend sind hier nur Vertreter solcher Industrien zu Wort gekommen, für welche der Handelsvertrag nicht Vorteile bringt; es gibt aber auch Industrien, für welche er ein wichtiges Ereignis, ja geradezu eine Existenznotwendigkeit ist. Unter der Herrschaft unserer Handelspolitik sind Handel und Wandel emporgelblüht, die Löhne sind gestiegen, die Arbeiterschaft ist kaufkräftiger geworden. So lange mir nicht bewiesen wird, daß dies alles geschehen ist trotz unserer Wirtschaftspolitik, bleibe ich dabei, daß es geschehen ist zufolge unserer Wirtschaftspolitik. (Sehr richtig! rechts.)

Durch das neue Gesetz von 1908 hat Portugal sich in die Lage gesetzt, bei der Einfuhr der Waren aus Deutschland Zuschläge zu erheben. Um also vom portugiesischen Markt nicht ausgeschlossen zu werden, wußten wir versuchen, in ein Vertragsverhältnis mit Portugal zu kommen. Alle vernommenen Sachverständigen sagten, das Wesentlichste sei, daß der Vertrag auf der Grundlage der Meistbegünstigung geschlossen werde, damit die deutschen Waren keine diskriminierende Behandlung erfahren. In gleichem Sinne haben sich auch eine Reihe von Handelskammern ausgesprochen, speziell auch sachliche aus den Gebieten der Textilindustrie. Ich bitte Sie, auch unter dem Eindruck der Reden der wenigen Interessenten, die am Sonnabend hier zu Wort gekommen sind, zu entscheiden, sondern sich zu informieren, wie weit die übrigen Industrien unseres Vaterlandes ein Interesse an dem Vertrag haben.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen: Bei den Angriffen auf den Handelsvertrag war der Grundton die Klage über die Ungünstigkeit unserer Diplomatie, die kein Verständnis für die heimischen Bedürfnisse habe. Die Urheber dieser Kritik sind über den Werdegang eines Handelsvertrages und über die dabei notwendigen Verhandlungen nur unvollkommen unterrichtet. Ich hoffe, daß Sie in den Kommissionsberatungen durch nähere Aufschlüsse erkennen werden, daß diese Vorwürfe gegen die Diplomatie unberechtigt sind. (Bravol! rechts.)

Abg. Fanti-Rochon (Z.) beklagt die Schädigung des Weinbaues durch den Vertrag.

Abg. Stresemann (natf.): Mir ist mitgeteilt worden, daß die Nichtveröffentlichung des Vertrages auf den Wunsch Portugals zurückzuführen sei. Ich darf wohl annehmen, daß diese Information auf Irrtum beruht. Es ist gesagt worden, der französische Text sei ausschlaggebend. Davon steht aber kein Wort im Vertrag! (Hört! hört! links.) In der "Arcus-Zeitung" ist wegen der Verhandlung am Sonnabend von einem Großbündel die Rede; nun dieser Großbündel erstreckt sich vom Grafen Kaniß bis zu Herrn Südekum. (Heiterkeit.) Wir wollen die Politik der mittleren Linie verfolgen; das darf uns von sachlicher Kritik nicht abhalten. Ich bitte, den Vertrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Herrn Stresemann will ich bemerken, daß es internationaler Brauch ist, daß bei Verträgen zwischen verschiedensprachigen Ländern im Falle von Streitigkeiten

der französische Text maßgebend ist. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Es ist nachgewiesen, daß in diesem Vertrage direkt widerfährige Bestimmungen enthalten sind, und man hat deshalb den Diplomaten Vorwürfe gemacht. Der Staatssekretär v. Schoen hat das zurückzuweisen gesucht und behauptet, es sei durchaus korrekt verfahren. Das mag wohl sein, aber das entkräftet nicht den Vorwurf, daß unsere Unterhändler über die Bedürfnisse der deutschen Industrie nicht genügend unterrichtet waren. Schon im Januar wurde der Vertrag im Auszug in englischen Blättern veröffentlicht; bei uns ließ Herr v. Schoen die Veröffentlichung nicht zu. "Offiziell" war ja unserer Regierung von den Veröffentlichungen in England nichts bekannt, und deshalb durfte die deutsche Industrie nicht informiert werden! Der Staatssekretär Delbrück wies auf den Vorteil der Meistbegünstigung hin, die der Vertrag bringe; demgegenüber sollen die wenigen Positionen, bei denen Portugal die Meistbegünstigung erheben darf, nicht ins Gewicht fallen. Es handelt sich aber um mehr als die Hälfte aller in Betracht kommenden Artikel. Bei unserer Zollpolitik fällt es uns schon schwer, günstige Handelsverträge zu schließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bezüglich der Weineinfuhr haben wir Portugal wesentliche Vorteile gewährt und schützen die portugiesischen Marken ganz besonders. Die Weinbändler, die diese Marken führen, müssen sie in Zukunft wirklich aus portugiesischen Häfen beziehen und ein Ursprungszeugnis haben. Wir gewähren daher Portugal ein Monopol und benachteiligen zu seinen Gunsten andere Länder.

Als ist die Klage, daß unsere Diplomaten sich aus einem engbegrenzten Gesellschaftskreise rekrutieren, in dem auf Keuherlichkeiten viel zu viel Wert gelegt wird. Durch die Verhältnisse gezwungen, ist man im Ausland hier und da dazu übergegangen, Praktiker zu nehmen. Besonders an Amerika könnten wir uns in dieser Beziehung ein Muster nehmen. Von 137 ersten Stellen in der deutschen Diplomatie sind 128 mit Adligen besetzt, so daß nur 9 Träger bürgerlicher Namen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Zusammensetzung des diplomatischen Korps im Auslande kann man sich ungefähr vorstellen, wie wenig nach der ganzen Erziehung dieser Herren die Interessen der Industrie bei ihnen auf Berücksichtigung zu rechnen haben. — Wir werden bemüht sein, den Vertrag in der Kommission so zu gestalten, daß wenigstens die schlimmsten Unstimmigkeiten herauskommen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gidhoff (fr. Sp.): Gestern abend ist uns ein Antrag Graf Kaniß zugeföhrt: die Regierung solle Maßnahmen zum Schutze unserer Exportindustrie gegen Amerika treffen. Wie soll sie das tun, wenn bei uns selbst eine agrarische Wirtschaftspolitik herrscht? (Abg. Dr. Hahn (L.): Durch höheren Zollschutz!) Die agrarische Handelspolitik gereichte unserer Industrie zum Segen, aber seit 1902 ist ein Umsturz eingetreten, und die jetzige Handelspolitik muß uns mit großer Besorgnis für unsere Exportindustrie erfüllen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Eine direkte Ablehnung des Vertrages kann ich allerdings nicht empfehlen; er bringt die Meistbegünstigung, und ohne diese könnte leicht der portugiesische Markt für uns verloren gehen.

Abg. Graf Kaniß (L.) nimmt den Wirtschaftlichen Ausschuh gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe in Schutz. Mit dem Herrn Staatssekretär bedauere ich, daß die Großindustrie hier so schlecht vertreten ist. Aber das wird ja wohl anders werden, wenn der Hansa und erst in Wirklichkeit tritt. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) beantwortet die Verlegung für den Antrag erheben sich (das Haus ist nur noch sehr schwach besetzt) die Freisinnigen, Sozialdemokraten und Nationalliberalen. Vizepräsident Erdbring zu Hohenlohe-Langenburg stellt nicht fest, ob die Unterstützung genügt.

Abg. Gothein (fr. Vg.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es entsteht allgemeiner Wirrwarr. In diesem Wirrwarr erhalten die Abgeordneten Hahn und Gothein das Wort zu längeren persönlichen Bemerkungen. Schließlich wird auf der Verweisung der Beschlußfähigkeit nicht bestanden und der Vertrag einer Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. (Erste Lesung des Etats.) Schluß: 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Bildungsarbeit.

Der Bildungsausschuh hat soeben erscheinen lassen: Künstlerischer Wanderschmuck. Eine Anregung und ein Verzeichnis.

Das schon ausgestattete Heft beginnt mit einem Einleitungsartikel, der in folgende Abschnitte gegliedert ist: Kunst und Volk; Künstlerischer Wanderschmuck; Ueber die Kunst des Beschauens; Wer soll Künstler-Steinzeichnungen erwerben; Der Bezug der Bilder; Kunst und Kampf.

Das Verzeichnis führt 136 Kunstblätter aus den Verlagen Breitkopf u. Härtel, Buchhandlung Vorwärts, Georg D. Callwey, Fischer u. Franke, G. C. Teubner, R. Voigtländer an. Die Preise bewegen sich zwischen 25 Pf. und 8 M.; für Bilder mit Rahmen von 3,50 M. bis zu 22 M. Vergeben sind 10 Blatt mit sehr gut ausgeführten farbigen und schwarz-weißen stark verkleinerten Reproduktionen einzelner Kunstblätter.

Die Veröffentlichung des Bildungsausschusses wird den Ortsauschüssen bei der Veranstaltung von Wanderschmuckausstellungen, die nicht an die Weihnachtzeit gebunden sind, treffliche Dienste leisten.

Zur Polemik über die Parteischule.

Genosse Bernstein hat sich in den "S. M." mit der Frage des Unterrichts auf der Parteischule befaßt, worauf zuerst die "Vorwärts"-Redaktion und dann mein Mitschüler von der Parteischule, Genosse Tarnow, erwiderte. Wenn von einer Seite, wie von der des Genossen Bernstein über den Unterricht in diesem

Parteiinstitut kritische Bemerkungen gemacht werden, so ist es meines Erachtens falsch, wenn in der Erwiderung nur auf das eine, von dem Kritiker ins Feld geführte Argument eingegangen wird, während man sich über das andere, nicht minder wichtige, ausschweigt. Es ist wohl besonders auch auf diese Manier der Erwiderung zurückzuführen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern verschiedener Ansichten innerhalb der Partei so unfruchtbar bleiben müssen.

Völlständig richtig und jedenfalls von allen Besuchern der Parteischule anerkannt ist die Behauptung Tarnows, daß alle Lehrer das Bestreben haben, bei den Schülern selbständiges Denken zu entwickeln und daß die freie Meinungsäußerung auf der Parteischule im weitesten Umfange gewährt ist. Ja, ich bin der Meinung, daß auch in dieser Hinsicht viele Schüler von den Lehrern, und besonders auch von der Genossin Luxemburg, haben lernen können. Wenn also Genosse Bernstein behauptet, daß den Besuchern der Parteischule dort ge-wissermaßen Scheuklappen umgehängt werden, damit sie später nur noch in der sogenannten orthodoxen Richtung blicken können, so, das meine auch ich, ist Bernstein im Irrtum.

Aber der "Vorwärts" hat mit seinem Zitieren aus Bernsteins Artikel gerade dort aufgehört, wo Bernstein mit seiner Kritik auf dem Wege war, und auch der Genosse Tarnow ist hier stehen geblieben. Nach der vom "Vorwärts" zitierten Stelle schreibt Bernstein nämlich: "Dabei ist neben der gefährlichen Gefahr noch eine zweite zu beobachten, nämlich eine übermäßige Beschäftigung mit dem metaphysischen Teil der Oekonomik, der Werttheorie und was damit unmittelbar zusammenhängt, auf Kosten des konkreten Wissensstoffes." Daß sich diese Ansicht des Genossen Bernstein auch bei den Parteischülern des vorigen Semesters durch-gewungen hat, ist durch die Aussprache am Schluß des Kursums bestätigt worden. Bei der ersten Aussprache der Schüler über den Lehrplan, die nach ungefähr 10wöchentlichem Unterricht stattfand, habe ich eben diese Befürchtung geäußert und angeregt, gegenüber dem Lehrerkollegium den Wunsch auszusprechen, daß innerhalb der 14 Wochen, die uns nachträglich noch zur Verfügung stehen, genügend Zeit zu Vorlesungen über praktische Nationalökonomie, Volk- und Wirtswesen, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktion und Produktionspolitik, handelspolitische Systeme usw. eingeräumt werde. Ich hatte die Empfindung, daß eine tiefere Kenntnis solcher wirtschaftlichen Tatsachen auch für das tiefere Studium der Theorie unerlässlich ist. Mit meiner Anregung stieß ich damals bei einer Reihe von Mitschülern auf Widerstand, während sich andere zunächst mehr abwartend verhielten. Ich kam mit meiner Anregung bei jeder Schülerbesprechung wieder und merkte auch, daß sich der Widerstand minderte, und in der Schlußkonferenz mit dem Lehrerkollegium und einigen Mitgliedern des Parteivorstandes hat der Genosse Silberschmidt, als Obmann der Schüler — er wurde in der vorhergehenden Besprechung damit beauftragt — die Anregung gebracht, daß in Zukunft der praktische Nationalökonomie sowie auch der Behandlung des praktischen Teiles des Parteiprogramms mehr bzw. genügend Raum im Lehrplan eingeräumt wird. Bieweit diesem Wunsche in dem gegenwärtigen Kursus Rechnung getragen wird, ist mir unbekannt.

Da in der Polemik gegen Bernsteins Artikel der oben erwähnte Satz von Bernstein vollständig unberücksichtigt geblieben ist, und da auch Bernstein selbst in seiner letzten Entgegnung im "Vorwärts" nicht darauf hingewiesen hat, hielt ich mich als ehemaliger Parteischüler verpflichtet, darauf einzugehen, da ich glaube, daß es zweckmäßig ist, die Polemik über den Unterricht in unserem Parteiinstitut hierauf zu lenken.

Otto Schendorff-Pirma.

Wir können dazu mitteilen, daß der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung des praktischen Teiles des Programms in diesem Kursus der Parteischule erfüllt werden wird.

Personalien. Mit dem Genossen Dr. Weill scheidet am 1. Januar auch Genosse Erwin Barth aus der Redaktion der "Frankischen Tagespost" aus. Dr. Weill geht nach Straßburg i. E.; Barth ist vom Zwickauer Parteiblatt engagiert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	6. 12.	5. 12.	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.	6. 12.	5. 12.
Remel, Mitt.	232 ⁰	+16	232 ⁰	+10	Saale, Großh.	420 ⁰	+10	6. 12.	420 ⁰
Regel, Jüterburg	179 ⁰	+10	179 ⁰	+10	Quel., Spandau	92 ⁰	0	6. 12.	92 ⁰
Wesche, Thon	70 ⁰	+8	70 ⁰	+8	Stettin	110 ⁰	+4	6. 12.	110 ⁰
Ober-, Ratibor	205 ⁰	-4	205 ⁰	-4	Spres., Spremberg	118 ⁰	+4	6. 12.	118 ⁰
Proßen	192 ⁰	+12	192 ⁰	+12	Westm.	101 ⁰	+8	6. 12.	101 ⁰
Frankfurt	170 ⁰	+3	170 ⁰	+3	Weser, Minden	233 ⁰	-68	6. 12.	233 ⁰
Wartbe., Sarinm.	114 ⁰	+12	114 ⁰	+12	Winden	344 ⁰	+14	6. 12.	344 ⁰
Landberg	57 ⁰	+6	57 ⁰	+6	Rhein, Maymillandau	432 ⁰	+8	6. 12.	432 ⁰
Rege., Borsdamm	23 ⁰	+2	23 ⁰	+2	Raub	309 ⁰	+59	6. 12.	309 ⁰
Elbe., Leimnitz	83 ⁰	+98	83 ⁰	+98	Röln	487 ⁰	+23	6. 12.	487 ⁰
Dresden	64 ⁰	+26	64 ⁰	+26	Redar., Heilbronn	155 ⁰	-9	6. 12.	155 ⁰
Harz	298 ⁰	+84	298 ⁰	+84	Rain, Weithelm	351 ⁰	+26	6. 12.	351 ⁰
Magdeburg	232 ⁰	+22	232 ⁰	+22	Wolter, Trier	381 ⁰	-24	6. 12.	381 ⁰

*) + bedeutet Hoch, — Fall, *) Unterpost, *) Höchststand, *) Die Weichel ist eisfrei bis auf einzelne Schollen. *) Um 5. um 6 Uhr nachmittags 482 cm.

Infolge des Saale-Hochwassers, das an der oberen Flußstrecke schon wieder gefallen ist, erwartet die Elbstromverwaltung für morgen am Elbepegel Barth den Wasserstand 370, das ist 30 cm unter Auslieferungshöhe. — Während die Innerelbe schon wieder gefallen ist, hat die Leine noch mittelgroßes Hochwasser. — Die Elm s überfließt gestern am Wegelingen Mittelhochwasser um 0,3 m, und die dort sehr niedrig liegende Auslieferungshöhe um 175 cm und war überall annehmend noch im Steigen. — Der Rain ist bei Schneelast von vorgestern auf gestern schon wieder gefallen. — Die Lahn ist weiter gefallen, dagegen hat die Wesel bei Weg in der Nacht von gestern auf heute wieder aus neue zu steigen begonnen, überfließt aber gestern früh noch nicht die Auslieferungshöhe und war noch 0,9 m vom Mittelhochwasser entfernt. — Für die Hauptströme außer Elm ist das Eintreten eines bedeutenden Hochwassers vorläufig nicht anzunehmen.

Aste vorzüglichste Sprechmaschinen-Schallplatte. Wunderbare Tonfülle, reine Wiedergabe, lange Brauchbarkeit. Doppelseitige bespielte "Aste"-Platten, 25 1/2 cm Durchmesser, gr. Stück Mk. 2.00 (10 Stück Mk. 18.00 franko). Teutonia - Rekord - Schallplatte. Gute, dabei preiswerte doppelseitig bespielte Platte, 25 1/2 cm groß. Stück Mk. 1.50, 10 Stück Mk. 12.50 franko. Reichhaltige Verzechnisse gratis. **AUGUST STUKENBROK, EINBECK** Leistungsfähigste Bezugsquelle für Sprechapparate und Schallplatten.

Haben Sie Stoff? Ich bringe davon Anzug od. Paletot nach Maß, abstr. durch Zusatzen, von 20 Mark an. **Moritz Laband**, Neue Promenade II (Südth. Börsen).

Roh-Tabak E. Hauen, a. d. Schwedter Straße.

Enorm billiger Verkauf elegant. Wollensgarderoben früher 50-90 M., jetzt 12-28 M. **Deutsches Bekleidungshaus**, Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden. Jahrgeld wird vergütet.

Unübertroffen bleiben **Selowsky's Caruso Zigaretten** 10 Stück 30 Pf.

Husten, Heiserkeit besitzigen wunderbar leicht und schnell die der ähmten **Hustentropfen** von Otto Reichel. Nur echt mit Marke "Medico". 50 Pf. u. 1 M.

Reste Damenmode, abwärts und farbige Costumes-Stoffe, neuere Muster, Triest-Stoffe, Seiden, Plüsch, Sammet, Satin etc. **Confection** Paletots, Jacketts, Stabmotel, Costumes und Costum-Mode in grosser Auswahl. **C. Pelz**, Kottbuserstr. 5. **Hygienische Bedarfsart.** Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, str. a. Rosenbaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Verzug i. zur dauernden Randschaft.

Berliner Uk-Trilo Felix Schauer Stralsunderstr. 1.

Dem Genossen
Karl Hilsch nebst Frau
qualifizieren zur Silberhochzeit
Die Genossen des Wahl-
bezirks 349, Teil 1.

Am Donnerstag, den 2. De-
zember, verstarb nach langem
schweren Leiden unser lang-
jähriger, guter Freund, der
Drechslermeister
Hugo Meinhardt
Friedenstraße 97.
Die Beerdigung fand am
6. d. Mts. auf dem Zentral-
Friedhof in Potsd. statt.
Wir werden ihm stets ein
ehrendes Andenken bewahren.
Im Auftrag der Verwandten
Otto Schulze.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die Kräftigen bei der Beerdigung
meines innig geliebten Mannes
Hermann Jacob
sage ich allen Freunden und Kollegen,
der Firma Bergmann sowie dem
Kollernverein „Bild-West“ meinen
innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
nebst Eltern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 5. Dezember verstarb unser
Mitglied, des Zigarrenfabrikant
Karl Balke
Waiduferstr. 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 9. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof der Böhmischen Gemeinde,
Berliner Straße, 233/5
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Adolf Breitmann
am 4. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 8. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes
in Wilhelmshagen aus statt.
93/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Vorband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Dreher
Otto Hoffmann
gestorben ist.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Karl Tesche
am 4. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Altdorfer Kirch-
hofes am Mariendorfer Weg aus
statt. 126/19
Ferner starb unser Mitglied, des
Schmied
Adolf Schilling.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Dezember,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Friedenau, Stubenrauch-
straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters,
Bruders und Schwagers
Heinrich Simon
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der M. G. B. Abt. G. 2,
dem Deutschen Metallarbeiter-Verband
sowie dem Wahlverein des VI. Reiches
unsern besten Dank.
Witwe Auguste Simon nebst Sohn.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Arbeiter
Karl Tesche
(S. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des neuen Altdorfer Friedhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Jugendchriften
sind in reichster Auswahl nach dem
Verzeichnis
des Bildungs-Ausschusses
zu haben in der
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
(Gaden).
Getragene eleg. Damengarderobe
speziell. Reichenbergerstr. 104, pl.

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Geschäft: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schürze etc.
von einfachsten bis zum hoch-
eleganteren Genre zu außerord-
n. niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10
bis 12 Stunden.

Ich kaufe ein

im **Westmann'schen Konfektionshause**
I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Eckhaus,
2. Haus von der Jerusalemstraße,
II. Geschäft: Berlin NO., Große Frankfurterstr. 115,
kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstr.

meine Mäntel und Kostüme!
Jetzt teil-
weise bis **65% Preisermässigung**

Plüschjackets früher bis M. 25.- bis 40.-
jetzt teilw. nur „ 10.-, nur 15.-
früher bis M. 30.- bis 50.- bis 110.-
jetzt teilw. nur „ 25.-, nur 30.-, nur 45.-

Plüschmäntel früher bis M. 30.- bis 120.-
jetzt teilw. nur „ 28.-, nur 42.-
früher bis M. 30.- bis 250.-
jetzt teilw. nur „ 59.-, nur 85.-

Persianerjackets jetzt M. 300, 500 bis 1000
früher Preis bedeut. höher

Pelzjackets v. 4.- Kostüme in Tuch- u. Fantasie-
stoffen v. M. 14.- an

Röcke, als Geschenk passend **M. 4.50.**
früher bis 15 M., jetzt

Jedem Käufer gratis: 2 1/2 Mtr. Stoff
sogar schon bei Einkauf von 12 M. an

Modelle teilweise für ein Drittel des früheren Preises.



Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 9. Dezember 1909:
Mitglieder-Versammlungen
der Branchen und Bezirke.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

Südwesten um 5 1/2 Uhr in **Thiems Festsälen, Blücherstr. 61.**
(1. Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Wape vom
Hauptvorstand über: „Sind die Gewerkschaften den Arbeitgeber-
organisationen gewachsen?“)

Süden um 6 1/2 Uhr im **Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.**

Südosten I um 6 1/2 Uhr in den **Nannys-Festsälen, Nannystr. 6.**

Südosten II um 6 1/2 Uhr im **Reichenberger Hof, Reichen-
berger Straße 117.**

Osten I um 6 1/2 Uhr in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.**

Osten II u. III um 6 1/2 Uhr in den **Prachtsälen des Ostens,
Frankfurter Allee 151/153.**

Oestliche Vororte um 6 1/2 Uhr bei **Arnhold („Schwarzer
Adler“), Frankfurter Chaussee 5/6.**

Nordosten um 6 1/2 Uhr bei **Boeker, Weberstr. 17.**

Norden (Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt)
um 6 1/2 Uhr bei **Obiglio, Schwedter Straße 23.**

Wedding und Moabit um 8 Uhr bei **Kusarowski,
Ravensstr. 6.**

Bautischler.

Bez. 1 um 6 1/2 Uhr bei **Raabe, Fichtestr. 29.**

Bez. 2 um 6 1/2 Uhr bei **Zlotz, Darschauer Str. 61.**

Bez. 3 um 6 1/2 Uhr bei **Gliesche, Kopenhagener Str. 74.**

Bez. 4 um 6 1/2 Uhr bei **Raabe, Kolberger Straße 23.**

Maschinenarbeiter
um 8 1/2 Uhr in den **Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.**

Polierer und Magazinarbeiter
Südosten und Südwesten um 6 1/2 Uhr im **Märkischen Hof,
Admiralstr. 18c.**

Osten um 6 1/2 Uhr im **Industriepalast, Gr. Frankfurter Str. 137.**

Norden um 6 1/2 Uhr bei **Kramer, Guffenstr. 40.**

Klavierarbeiter
um 8 1/2 Uhr im **Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.**

Montag, den 13. Dezember, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
General-Versammlung.

Stellmacher
um 6 1/2 Uhr im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.**

Einsetzer
um 7 Uhr in den **Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.**
(Die Kollegen werden gebeten ihre Karte mitzubringen.)

Stockarbeiter
um 5 1/2 Uhr bei **Berecht, Ritterstr. 75.**

Modelltischler
um 8 Uhr bei **Wilke, Brunnenstr. 188.**

Kisten- und Koffermacher
um 8 1/2 Uhr bei **Borgmann, Andreasstr. 21.**

Bodenleger
um 5 Uhr im **Volkshause in Charlottenburg, Köpenicker Str. 2.**

Rahmenmacher
um 6 Uhr im **Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5.**

Vergolder
um 8 Uhr in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.**
Die Kollegen von Reumann u. Gernig und August Werkmeister
sind hierzu besonders eingeladen.

Kammacher
um 8 1/2 Uhr in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.**

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter
um 6 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshause, Engelauer 15,**
Eingang B portiere (Arbeitslosenkaal).

Bürstenmacher
bei **Preuß (Hilfsverein-Ausschuss), Holzmarktstr. 65.**

**Drechsler, Treppengeländer- und
Luxusmöbelbranche**
um 8 1/2 Uhr bei **Boeker, Weberstraße 17.**

Jeder, der uns besucht,
Kaufzwang ausgeschlossen,
erhält heute Mittwoch und
morgen Donnerstag einen
schönen Wandkalender pro 1910
ganz umsonst.
Kindern allein ist der
Zutritt nicht gestattet

**Eine
Ueberraschung
nach der anderen**

bietet dem verehrten Publikum das jüngst
in ganz grossem Stille neu eröffnete

Kaufhaus auf Kredit
„Für alle Welt“
Schöneberg :: Hauptstr. 19
direkt am Kaiser-Wilhelmplatz :: dem alten Rathause gegenüber

Die unbedingt beste Einkaufsquelle
am KREDIT ist dieses Geschäft.

Jeder, ob ledig, ob verheiratet, ob Dame oder Herr, erhält
KREDIT unter allerbequemster Abzahlungsart.
Zivile Preise, kulanteste Bedienung, grösste Auswahl
in allen führenden Artikeln, wie:

Damen-, Herren- u. Kindergarderoben
Pelzstolzen und Muffen, Teppiche, Gardinen
Stoppdecken, Manufakturwaren u. dgl. mehr

Möbel in allen Holzarten
Luxus-Möbel, wie Rauchtische, Paneel-
bretter, Etagären, Haus-Apotheken usw.
Dazu hat jeder Käufer ein Anrecht an die

**GRATIS-
Weihnachtsbescherung**

in Gestalt nützlicher Gebrauchs- oder Schmuck-
gegenstände für den Haushalt und für die
liebe Jugend die reizenden Spielwaren. Man
muss eben alles sehen, um es zu glauben

Werden Sie sofort Kunde unseres Kredit-Hauses
und sammeln Sie dann in möglichst grosser An-
zahl die Annoncen des Kredit-Hauses „Für alle
Welt“, ganz gleich aus welcher Zeitung, und
ob es immer dieselbe ist. Sie werden über die
später erzielende Aufklärung mehr als erstaunt
sein und sich ärgern, wenn Sie etwa diesen
wohlgemeinten Rat nicht befolgt
haben. Mehr sagen wir vorläufig **nicht.**



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1909. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1907.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15 (Eingang 4):

Mitgliederversammlung

der Klemperer.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. In Anbetracht der besonders wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Gesundbrunnen.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Lokal des Herrn Franke, Bahnhofsstr. 10.

Tages-Ordnung:

Sind die Agrarier die einzigen Lebensmittelverkäufer? Referent: Genosse Eduard Bernstein.

Der Elaberafer.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Am Donnerstag, den 9. Dezember, beim Kollegen Ritter, Densfeldestr. 22.
- 2. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Kramer, Duxstr. 40.
- 3. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Schmidt, Wittenberger Str. 16.
- 4. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Sieh, Warschauer Str. 61.
- 5. Am Donnerstag, den 9. Dezember, beim Kollegen Wiemers, Säulowstr. 58.
- 6. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Rüdiger, Dragonerstr. 12.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Markt, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Prack

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Oranienburger Tor. ELEG. FROD. GEHRAU 1.50, Kofel 1.00, Werte 5000.

Bärenfelle

Sind nicht schöner als meine Selbstgekauften felle. Aus echt mit Schmutz „Göttinger“. Herrlich leichte Gänsefelle 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Fr. Heuer, Rethem (Westf.) 47, gegründet 1880. Beste Seide u. Gerb. Spezialitäten Nr. 2022, 2101 Hannover.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1909, finden per Urabstimmung die

Delegierten-Wahlen zum Preussentag

in folgenden Lokalen statt:

P. Hoffmann, Oppelner Str. 47 | P. Pittin, Memeler Str. 67

P. Zaaser, Langher Str. 25 | A. Arndt, Palisadenstr. 52

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum September dieses Jahres seine Beiträge entrichtet hat.

Die Wahlzeit beginnt 10 Uhr vormittags und endet 1 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde Berlin

Eingetr. Verein.

Gegen die Wahl des Kassensboten Herrn Käder zum Friedhofs- und Kassenvort hat der Vorstand auf Grund der §§ 12 und 15 Einspruch erhoben und beauftragt zu

Freitag, den 10. Dezember 1909, abends 8 1/2 Uhr pünktlich eine

Beschließende Gemeinde-Versammlung

zu Freyer, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Endgültige Beschlussfassung über die Wahl des Friedhofs- und Kassenvortes. 2. Verschiedenes.

Mitgliedskarte ist vorzubringen.

Der Vorstand.

Nordhäuser Raufabak

VON

Grimm & Triepel, Nordhausen.

Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.

Achtung! Achtung!

Fries für dicke Portieren

in allen gangbaren Farben.
Breite 130 cm 160 cm
Preis 2,00—3,50 3,00—4,25 p. Mtr.
Muster-Kollektion franko!

Fortigo Fries-Fenster m. Mantel
in all. Farb. 2,25, 3,75, 4,85, 6,75 M.

Teppich-Haus Emil Lefèvre, Berlin Oranienstr. 158. Weihnachts-Extralistes Sonder-Angebote ist erschienen.

Brillanten als Spezialität außergewöhnlich billig. Max Brinner, Jerusalemstr. 42. Der Ruf der Firma (gegründet 1863) bürgt für strengste Reellität.
Ringe 14k. m. 1 Br. v. 9 M. an.
Ohrringe 14 - 2 - 10
Brasche 14 - 1 - 20
Herr.-Nadeln 14 - 1 - 13
usw. bis zum feinsten Genre.

Gegründet 1864



Pelzwaren.

Engros-Export.

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21
(Ordnungsbau)
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen

**Pelz-Stolas
Muffen
Eislaufbarets.**

Sonntags geöffnet.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Soweit Vorrat

Besonders preiswerte Lebensmittel

Fleisch- u. Wurstwaren	Stangenspargel mittelstark	Fisch- u. Räucherwaren	
1a Cervelat- u. Salami Prd. 1 ¹⁵	Prima-Bruchspargel 1 ⁰⁵	Sardinen in Öl 30, 43, 53, 63, 70 Pr.	
Schinkenwurst hochfein Prd. 1 ²⁰	Kaiserschoten 1 ⁰⁵	Bismarck-u. Bratheringe Dose 42 Pr.	
Feine Leberwurst Prd. 1 ⁰⁰	Leipziger Allerlei 45 Pr.	Delikatessheringe in divers. Saucen D. 50, 80 Pr.	
Landleberwurst hochfein Prd. 90 Pf.	Erdbeeren 88 Pf.	Prima Neunaugen Dose 95 Pr.	
Prima Teewurst Prd. 1 ¹⁵	Gemischte Früchte 85 Pf.	Heringe in Gelee Dose 33 Pr.	
1a Jagdwurst Prd. 90 Pf.	Reineclauden 75 Pf.	Appetit-Sild Dose 33, 43, 53 Pr.	
1a Delikat.-Fleischwurst Prd. 90 Pf.	Mirabellen extra 65 Pf.	Nordsee-Krabben Dose 43, 70 Pr.	
Prima Rotwurst Prd. 65 Pf.		Kronen-Hummer Dose 1 ²⁵ 2 ¹⁵	
Mettwurst braunschweiger Art Prd. 95 Pf.		Geräuch. Lachs in Stücken Prd. 85 Pr.	
Westfälische Mettwurst Prd. 95 Pf.		Geräuch. Delikatess-Aal Prd. 1 ³⁰	
Geräuch. Gänsebrust Prd. 1 ⁴⁵		Kleier Bücklinge Kiste 20 Stück 58 Pr.	
Strassb. Gänseleber-Pasteten, Terr. 1 ¹⁵ 1 ⁴⁵ 2 ⁰⁰ 2 ³⁰		Geräuch. Sprossen 2 Prd.-Kiste 65 Pr.	
1a Bratgänse Prd. 60, 66 Pf.	Brathühner Stck. 85 Pf. 1 ¹⁰ 1 ⁴⁰	Hirschwild Prd. 25 45 75 85	Fasanen Stück 1 ⁹⁰ 2 ⁵⁰
Feinste Oderbrucher Fettgänse Prd. 68 Pf.	Suppenhuhn Stck. 1 ⁵⁰ 1 ⁸⁰ 2 ¹⁰	Rehwild St. 1 ⁴⁰ 2 ¹⁴ 4 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 6 ⁹	Wildenten Stück 1 ⁵⁰ 2 ⁰⁰
1a Mastputen Prd. 83 Pf.	Jung. Enten Stck. 2 ²⁵ 2 ⁷⁵ 3 ²⁵	Hasen gestreift Stück 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵	Pa. Pökeltungen Prd. 1 ¹⁰

Heute Mittwoch, 8. Dezember: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für die Genossen der II. Gruppe findet heute abends 8 1/2 Uhr bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24 ein gemeinsamer Zahlabend statt.

Fredericksdorf-Petershagen. Heute abends 8 1/2 Uhr Zahlabend im Lokal von Max Giese, Petershagen. Es wird gebeten, den Wechsel des Lokals und des Tages zu beachten.

Grünau. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Lokal „Zur grünen Ede“ Mitgliederversammlung. Da wichtige örtliche Angelegenheiten zur Verhandlung stehen, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Zum Frauenmord.

Die Nachforschungen über den mysteriösen Leichensind in der Obersee hatten gestern ein überraschendes Ergebnis: auf dem Tempelhofer Felde, in der Nähe der Dreiecksstraße, fanden Handwerker um 7 1/2 Uhr morgens in einem schwarzen Paket zwei Frauenarme, die allem Anschein nach derselben Leiche angehören, wie der an der Michaelstraße gefundene Rumpf.

Die beiden Schöneberger Lithographen, Karl Becker und Gustav Frölich, die von Tempelhof nach Berlin kamen, sahen um 7 1/2 Uhr auf dem Felde, noch auf Tempelhofer Gebiet, an der Dreiecksstraße in der Nähe der Schultheißbrauerei, etwa zwanzig Schritte vom Norddamm entfernt, hinter einer Pappel ein schwarzes Paket liegen.

Die beiden Schöneberger Lithographen, Karl Becker und Gustav Frölich, die von Tempelhof nach Berlin kamen, sahen um 7 1/2 Uhr auf dem Felde, noch auf Tempelhofer Gebiet, an der Dreiecksstraße in der Nähe der Schultheißbrauerei, etwa zwanzig Schritte vom Norddamm entfernt, hinter einer Pappel ein schwarzes Paket liegen.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Seidenstoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß die Arme nur ganz schwach gekocht worden sind, um ihnen den Geruch des Menschenfleischs zu nehmen. Das gefundene Jackett, der Fingerring und die Frauenhose sind von der Kriminalpolizei fotografiert worden und werden im Hofhofe des Polizeipräsidenten zur Besichtigung des Publikums öffentlich ausgestellt.

Die Bevölkerungszahl Berlins hatte schon im Jahre 1907 sich merklich langsamer als in den vorhergehenden Jahren vermehrt, von 2.001.299 Personen um nur noch 20.002 auf 2.111.361, und im Jahre 1908 war dann sogar ein Rückgang eingetreten, eine Verminderung um 4.419 auf 2.106.942 Personen.

Das Verhältnis zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Gegend gestern in einer Sitzung der Verkehrsdeputation erörtert. Es werden von verschiedenen Seiten Versuche unternommen, eine Verständigung zwischen der Großen Berliner und der Stadtgemeinde herbeizuführen.

Aus der Verwaltung der Rieselfelder. Die von der Stadt Berlin im Herbst d. J. in Eigenverwaltung übernommene Pflanzung und Pflanzung von Weizen an die städtische Säuglingsfürsorge erfordert besondere Vorkehrungen.

Vom Volken des vierten Stockes abgehört ist am Montag, nachmittag der zehnjährige Sohn Walter der Grundbesitzerin, Chobowitsche, 22. Säumerverleht wurde der Knabe nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Die Teilnehmer an dem Kursus über Finanzwissenschaft werden daran erinnert, daß die nächste Zusammenkunft an diesem Freitag, den 10. d. Mts., stattfindet.

Im Wintergarten wirkt als Hauptzugkraft für diesen Monat Otto Reutter. Seine humoristischen und satirisch-aktuellen Couplets mit den Refrains, die so gut einschlagen, sind allen, die im Varietè auch das soziale und politische Leben gespielt sehen wollen, eine willkommene Gabe.

Feuerwehrrichtungen. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit kam in der Karlstr. 5a ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Bei Anbruch des 13. Tages brannte der Dachstuhl des rechten Seitensüßels in erheblicher Ausdehnung.

Feuerwehrrichtungen. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit kam in der Karlstr. 5a ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Bei Anbruch des 13. Tages brannte der Dachstuhl des rechten Seitensüßels in erheblicher Ausdehnung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Einführung des Stadtv. Kamrau (lib. Fr.), der an Stelle des Stadtv. Runge gewählt ist.

Zum Ankauf von zwei weiteren Entwürfen für die Aus-schmückung des Barbarossa-Platzes wurden 500 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit teilte der Magistrat mit, daß die in der vorigen Sitzung beschlossene Unterbringung der Entwürfe in geeignete Räume sich nicht habe bewerkstelligen lassen.

Sodann kommen eine ganze Reihe von Petitionen zur Verhandlung.

Eine Petition wendet sich gegen die Errichtung einer Kirche auf dem Gullav-Müller-Platz. Die Petenten wünschen die Erhaltung des Platzes ohne ein solches Bauwerk.

Die Vereinigung für Kommunal- und Schulpolitik petitioniert um Abständnahme von der Neueinrichtung von Vorklassenklassen. Weiter wird in der Petition verlangt, möglichst bald eine organische Verbindung zwischen den Volksschulen und den höheren Schulen Schönebergs herbeizuführen.

Mehrere Geschäftsleute petitionieren um Gewährung von Entschädigungen für durch den Bau der Untergrundbahn entstandene Nachteile. Ueber diese Petitionen wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) berichtet dann über die Petition mehrerer Bewohner der Vederstraße. Diese verlangen die Abhaltung der Straße und Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Eine Petition um Beschaffung einer Eisbahn für die Schöneberger Jugend und Herstellung geräuschloser Pflaster vor den Schulen in der Rudowstraße wurde nur in ihrem ersten Teil dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

In einer anderen Petition wurde die Beseitigung verschiedener Mängel am Sackendamm verlangt, über die Stadtv. Däumig (Soz.) berichtete. Diefelbe wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Die Magistratsvorlage betreffend die Errichtung eines städtischen Obdachhauses wurde zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Sodann teilte der Magistrat auf Anfrage mit, daß in kürzester Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen werde, nach welcher die Einrichtung einer Schreibstube der hiesigen Vereinigung für Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsleistungen übertragen werden soll.

Der Bau eines Badehauses auf dem Krankenhausgrundstück wurde nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt. Desgleichen der mit der Stadt Bilmersdorf abzuschließende Grenzregulierungsvertrag.

Für die Herstellung einer Sohlenverklebung der Untergrundbahn an der Kreuzung mit der Hauptstraße wurde 26.000 M. bewilligt. Die der Magistrat mitteilte, wird diese Verstärkung vom Berliner Polizeipräsidenten verlangt, um die Unter-tunnelung der Schöneberger Untergrundbahn an der Hauptstraße später zu erleichtern.

Rigdorf.

Mit einer besonders wichtigen Tagesordnung wird sich die am Donnerstag, den 8. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 68, im neuen Sitzungssaal stattfindende Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Es stehen u. a. zur Beratung: Neuordnung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Magistratsmitglieder, der Prämien und Bediensteten. Neuordnung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von den wegen der postalischen Einrichtungen in Rudow bisher eingeleiteten Schritten und der vorläufigen Ablehnung einer besonderen Poststation daselbst.

Tempelhof.

Bermittelt. Seit 14 Tagen ist die aus erster Ehe stammende 13jährige Tochter des Photographen Schneider spurlos verschwunden. Gerüchte und auch eigene Aussagen des Mädchens deuten auf Selbstmord hin.

Friedenau.

Die Einwohnerzahl Friedenau ist, wie in der letzten Gemeindevortretersitzung mitgeteilt wurde, von 26.046 im Oktober 1908 auf 30.348 im Oktober dieses Jahres gestiegen. Die Bevölkerungszahl hat mithin um 4.297 zugenommen, davon 2.455 im letzten Vierteljahr.

